

3. FEBRUAR 2021

FRISCHE IDEEN FÜR EIN  
KLIMANEUTRALES, SOZIAL GERECHTES  
UND LEBENSWERTES GIEßEN!

WAHLPROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2021  
TEIL 1, FASSUNG 1



**Gießen**  
**gemeinsam**  
**gestalten**

<b>Vorwort und Vorstellung von Gigg</b>	<b>3</b>
Grundwerte von Gigg	4
Warum braucht Gießen überhaupt eine neue Liste?	4
Unsere Vision 2035Null	5
<b>Bürger*innenbeteiligung</b>	<b>6</b>
<b>Digitalisierung / Smart City</b>	<b>9</b>
Status Quo in Gießen	9
Potenziale des Themas für die Stadtverwaltung	10
Nutzung der Digitalisierung für eine Verminderung der Treibhausgasemissionen	10
Nutzen der digitalen Möglichkeiten für die schnellere, transparentere und effizientere Beteiligung von Bürger*innen an Prozessen der Gestaltung und Planung ihrer Stadt	11
Nutzung der Potenziale für die Bildung – nicht nur in Schulen, sondern für alle Altersstufen	11
Nutzung der Potenziale für die Stadtplanung und Straßenverkehr	12
Nutzung der Potenziale für die „Gießen-App“	12
Nutzung der Potenziale für die Wasserversorgung sowie der Abfall- und Abwasserentsorgung	12
Weitere Gigg-Forderungen:	13
<b>Energie</b>	<b>14</b>
Einleitung	14
Umbau der SWG zum Klimaneutralitäts-Dienstleister	14
Solarkampagne „Gießen kriegt was aufs Dach“	15
Förderbaustein-Katalog zur Steigerung der PV-Nutzung und der Eigenverbrauchsquote	16
Erschließung weiterer erneuerbarer Energiequellen	17
Energieeffizienz und -einsparung erhöhen	17
Energieeinsparungen durch Reduktion der Lichtverschmutzung	18
Umstellung auf eine Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien	19
Wärmeeinsparung durch Gebäudesanierung	19
Dekarbonisierung der leitungsgebundenen Wärmeversorgung (Gas- und Fernwärmenetz)	20
Förderung beim Austausch einer Verbrennerheizung (Öl, Gastank, Pellets, Hackschnitzel etc.)	21
Wärme im Neubau	21
Digitalisierung	21
<b>Finanz- und Haushaltspolitik</b>	<b>22</b>
Ausgangssituation:	22
Grundgedanken:	22
Was heißt das konkret?	23
Klimaschutzrelevante Investitionen	23
Förderung	24
Alternative Finanzierungsansätze	24
Stadt als Geldanlegerin	25
Einführung eines Bürger*innenhaushalt	25
Forderungen von Gigg:	25
<b>Stadtplanung/Stadtentwicklung</b>	<b>27</b>
Bevölkerungswachstum ist kein Selbstzweck – Lebensqualität in Gießen muss in den Vordergrund gerückt werden	27
Umstrukturierung der Verwaltung – Schaffung eines Transformationsdezernats	27

Entwicklung klarer Leitlinien und Vorgaben durch die Politik für die Investitionen (Masterplan 2035)	28
Stärkere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern	28
Erhöhung der Lebens- und Aufenthaltsqualität	28
Wohnungsbau - Flächen nicht nur für wenige Investoren / Sozialen Wohnungsbau stärken	29
Folgen der Coronakrise insbesondere auf den Markt der gewerblichen Immobilien in Gießen prüfen	30
Nachhaltige Aufwertung von Grünflächen und Wäldern	30
Aktive Rolle der Stadt Gießen beim Erwerb von Grundstücken	31
Vorgaben in der Bauplanung	31
Gewerbeansiedlung	32
Stadt als Bauträgerin	32
Flächenversiegelung stoppen	32
Klimaanpassungsstrategien	33
Weitere Themen im Zusammenhang mit der Stadtplanung und Stadtentwicklung	34
<b>Mobilität in Gießen</b>	<b>35</b>
Die Ausgangssituation	35
Das Ziel „Gießen2035Null“	35
Der Weg...	36
Fußverkehr	36
Radverkehr	37
ÖPNV (Busse und Bahnen)	39
MIV Reduzierung (weniger Autoverkehr)	40
Sonstiges	41
... und wie wir ihn gehen wollen	42

### Vorbemerkung:

Da wir Gießen gemeinsam mit möglichst vielen Gießener\*innen gestalten wollen und als neue Liste viele Themen neu be- und erarbeiten müssen, sehen wir die Entwicklung unseres Programmes nicht als Prozess mit einem definierten Ende, sondern als kontinuierliche Zusammenarbeit mit Zwischenberichten an. Dies ist die erste Fassung, des ersten Teils unseres Wahlprogramms zur Kommunalwahl 2021. Der zweite Teil, sowie etwaige Weiterentwicklungen folgen in den nächsten Tagen und Wochen.

## Vorwort und Vorstellung von Gigg

*„Wir bestehen auf umweltfreundlichen Lösungen, weil es sich auszahlt. Ich denke, das ist eine sehr wichtige Botschaft, die an Bürgermeister auf der ganzen Welt gesendet werden muss. Der grüne Wandel in Kopenhagen geht einher mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, einer wachsenden Wirtschaft und einer viel besseren Lebensqualität.“*

*(Frank Jensen, Oberbürgermeister der Stadt Kopenhagen)*

*„Nichts davon ist einfach. Die größte Herausforderung besteht darin, dass es sich um eine so große Verschiebung handelt und wir immer noch nicht alle Antworten darauf haben, wie wir unsere Ziele erreichen können. Daher arbeiten wir kontinuierlich mit anderen Stakeholdern zusammen, um unsere Richtlinien und Maßnahmen zu entwickeln. Es ist auch eine Herausforderung, die nicht nur technologische Entwicklung erfordert, sondern auch weitreichende gesellschaftliche Veränderungen.“*

*(Hilde Solli, leitende Beraterin der Klimabehörde der Stadt Oslo)*

Liebe Gießener\*innen,

am 14. März 2021 wird das nächste Gießener Stadtparlament gewählt, das die Geschicke unserer Stadt für die nächsten fünf Jahre bestimmen wird.

Wir sind eine neue Liste von Gießener Mitbürger\*innen, die starke Impulse für ein klimaneutrales, lebenswertes, sozial gerechtes und zukunftsfähiges Gießen in die Stadtverordnetenversammlung einbringen wollen.

Wir sind überzeugt: Die enormen Herausforderungen der nächsten Jahre, nicht nur für unsere Heimatstadt, erfordern in vielen Bereichen neue Lösungsansätze und frisches Denken – mit althergebrachten Weisheiten und überholten Konzepten werden die Probleme vielfach nicht zu lösen sein. Wir möchten uns daher mit dem folgenden Wahlprogramm als eine Alternative zu den bisher im Parlament vertretenen Parteien vorstellen. **Wir laden Sie aber auch ein: Bringen Sie sich bei uns ein und gestalten auch Sie Gießens Zukunft mit! Nirgends brauchen wir echte Bürgerbeteiligung dringender als auf kommunaler Ebene.**

## Grundwerte von Gigg

Wenn Sie sich mit unseren im Folgenden genannten Grundwerten identifizieren, freuen wir uns auf Ihre Kontaktaufnahme per E-Mail an [kontakt@gigg.jetzt](mailto:kontakt@gigg.jetzt):

- Grundlage all unseres Handelns ist der Kampf gegen den Klimawandel und für die Einhaltung des Abkommens von Paris sowie des in Gießen beschlossenen Bürgerantrags "2035Null".
- Unser Ziel ist es, Gießen in eine klimaneutrale, sozial gerechte und lebenswerte Zukunft zu entwickeln.
- Wir möchten die dafür notwendigen Veränderungen positiv und zusammen mit den Bürger\*innen unserer Stadt angehen.
- Wir sind gegen jede Form der Diskriminierung, sozialen Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt und heißen Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts, jeder Religion, Hautfarbe, und sexueller Orientierung in unserer Organisation willkommen.
- Wir arbeiten explizit generations- und gesellschaftsübergreifend an Lösungen für die Klimakrise. Wir erkennen dabei die besondere Verantwortung an, die jüngeren Generationen darin zu unterstützen, unsere Gesellschaft und unsere Politik schon heute entscheidend und nach ihren Vorstellungen mitzugestalten.
- Wir sind lernfähig und orientieren uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wissenschaftler\*innen in unserer Organisation tragen eine besondere Verantwortung dafür, uns bei wichtigen Entscheidungen objektiv nach bestem Wissen und Gewissen zu beraten, ohne uns zu bevormunden.

## Warum braucht Gießen überhaupt eine neue Liste?

Die aktuelle Corona-Krise zeigt uns, wie schnell sich die Welt vor unseren Augen verändern kann, wie schnell Strukturen und Verhaltensweisen von jetzt auf gleich angepasst werden müssen. Der sich zuspitzende Klimawandel, aber auch wirtschaftliche Veränderungen und die Digitalisierung werden das Leben auch in Gießen nachhaltig beeinflussen und verändern – in einer bisher unbekanntem Geschwindigkeit. Die Frage ist nun, wie wir mit diesen unvermeidlichen Veränderungen umgehen: Lassen wir uns von den Entwicklungen überrollen oder gestalten wir unsere Zukunft soweit wie möglich selbst?

Wir nehmen die Gießener Verpflichtung zur Klimaneutralität bis 2035 (ein Beschluss, den Mitglieder unserer Liste im Jahr 2019 mittels eines Bürgerantrags initiiert haben), ebenso wie die internationalen Verpflichtungen aus dem vom Bundestag ratifizierten Pariser Klimaabkommen und die Aussagen der Wissenschaft zum Klimawandel sehr ernst – der Kampf dagegen ist eine „Menschheitsaufgabe“ und wird uns alle in den nächsten Jahren und Jahrzehnten begleiten, ob wir das wollen oder nicht. Wer die Meldungen über immer neue Temperaturrekorde, über immer stärkere Stürme, nachlassende Niederschläge, zurückgehende Eisflächen in Arktis und Antarktis etc., aber auch über Trockenheit in den Gießener Wäldern, Hitzerekorde, sinkende Grundwasserstände verfolgt, weiß: Wir befinden uns schon längst im Krisenbekämpfungsmodus, der es erforderlich macht, alle Kräfte im Kampf gegen den Klimawandel zu aktivieren. Daher kann es kein „Weiter so“ mit nur marginalen Anpassungen wie z. B. einzelnen Fahrradstraßen geben. Vielmehr benötigen wir einen tiefgreifenden Wandel bestehender Strukturen insbesondere in den Bereichen Mobilität, Strom und Wärme, aber auch ein kritisches Hinterfragen unseres individuellen Konsums.

Gießen hat als Hochschulstadt und „jüngste Stadt Hessens“ für diese Veränderungsprozesse beste Voraussetzungen – was das vorhandene Knowhow, die Innovationskraft und die Anpassungsfähigkeit angeht. Wir glauben aber nach vielen Jahren der intensiven Beobachtung der politischen Arbeit in

unserer Stadt, dass die Gießener Stadtpolitik einen kontinuierlichen starken Impuls in diese Richtung benötigt. Wir wollen und werden dieser Impuls sein – ein Impuls in Richtung **Klimaneutralität**, in Richtung dem Ziel 2035Null dienende **technische und/oder gesellschaftliche Innovation** und v. a. in Richtung der **Einbeziehung der Bürger\*innen**.

Wichtig ist dabei: Innovation ist nicht per se gut und richtig, sondern im Zusammenhang mit 2035Null nur dann, wenn sie messbar dazu beiträgt, die Entwicklung in Richtung Vermeidung bzw. nachhaltige Verringerung von Treibhausgasemissionen voranzubringen. Ebenso spielen für uns Aspekte wie **Suffizienz** eine wichtige Rolle, d. h. der Verzicht auf unnötigen Konsum, der Verringerung des Einsatzes von Energie und Material. Dies gilt dabei nicht nur für uns als Konsument\*innen, sondern auch für politische Entscheidungen (wie z. B. bei der Planung von Straßen, von Wohngebieten etc.). Wir leben seit langem – nicht nur in Bezug auf das Klima – über unsere ökologischen Verhältnisse, dem müssen wir auch politisch endlich viel stärker Rechnung tragen.

Wir haben natürlich nicht für alle Herausforderungen der nächsten Jahre die Patentlösungen. Viele Veränderungen werden intensive Diskussionen in der Stadtgesellschaft, erfordern u. Aber sicher ist aus unserer Sicht auch: viele überholte Sichtweisen und Konzepte der vergangenen Jahrzehnte sind eher Teil des Problems als Teil der Lösung. **Wir alle müssen und werden also für viele Fragen neue Antworten finden – in Bezug auf eine Verkehrs- und Energiewende in Gießen ebenso wie in Bezug auf eine klimagerechte und sozialverträgliche Stadtentwicklung sowie eine ernstgemeinte Bürgerbeteiligung.** Hierfür wollen und werden wir unsere Kraft in die politische Waagschale Gießens werfen. Dabei sind Veränderungen kein Selbstzweck, sondern sollen stets dem Ziel dienen, die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen.

### Unsere Vision 2035Null

Unser primäres Ziel - ein klimaneutrales Gießen bis 2035 - wird ein **gerechteres, saubereres** und vor allen Dingen **lebenswerteres Gießen** sein. Diese Vision ist ein wesentlicher Ansporn für uns! Wir sind davon überzeugt, dass wir es schaffen können, Gießen zu einer **Modellstadt für Klimaneutralität** zu entwickeln, in der

- weniger Verkehrsflächen für Autos vorgesehen sind, stattdessen deutlich mehr Platz für Fußgänger/innen und Radverkehr bereitgestellt und der ÖPNV ausgebaut und elektrifiziert wird
- dadurch die Luft- und Lärmbelastung deutlich geringer, der Straßenverkehr sicherer sein werden und die Entsiegelung von Flächen unseren Grundwasserressourcen zugutekommen wird
- die Stadt durch mehr Begrünung an Gebäuden und auf entsprechenden Flächen aufgewertet und hitzeresistenter wird,
- die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum der Stadt deutlich erhöht sein wird und sich dadurch auch die Kommunikation der Gießener\*innen mit- und untereinander verbessert,
- die Hochschulen und die Stadtgesellschaft viel stärker miteinander vernetzt agieren werden,
- viel weniger Abfälle produziert und verbrannt werden,
- wir uns viel stärker als bisher lokal mit dem versorgen, was wir fürs Leben brauchen – von den Lebensmitteln bis hin zum Strom und zur Wärme

Gießen kann und sollte **Vorbildkommune** für die Weiterentwicklung einer mittelgroßen Stadt in Richtung Klimaneutralität werden – das fordern wir und dazu wollen wir beitragen!

Sicher ist: Wenn wir 2035 Null realisieren wollen, funktionieren diese Veränderung im benötigten Maße **nur mit den** und **nicht gegen die** Gießener\*innen. Wir wollen daher einen Beitrag dazu leisten, eine andere Kommunikations- und Streitkultur zu etablieren. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Mitbürger\*innen dann gewinnen, wenn wir eine größere Durchlässigkeit in Richtung Parlament und Parteien/Listen hinbekommen – das muss und wird daher unser Ziel sein und fordern Sie an dieser Stelle noch einmal auf: Bringen auch Sie sich bei uns ein – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

### Bürger\*innenbeteiligung

Die Klimaneutralität in Gießen bis 2035 ist eine ambitionierte, aber erreichbare Verpflichtung. Sie wird aber nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, möglichst viele Gießener\*innen

- von der Richtigkeit des Ziels und von den Vorteilen der damit verbundenen Veränderungen zu überzeugen
- und ihre Ideen und Überzeugungen in die bevorstehenden Veränderungsprozesse einzubinden.

Nur wenn die Transformation Gießens in eine klimaneutrale Stadt ein Teil der Gießener Identität wird, mit der sich möglichst viele Bewohner\*innen identifizieren, kann der Weg erfolgreich sein. Gigg ist davon überzeugt, dass hierfür viel Informations- und Aufklärungsarbeit notwendig ist, aber vor allem die Möglichkeit für die Mitbürger\*innen, die notwendigen Veränderungen aktiv mitzugestalten. Ziel der Kommunalpolitik muss es daher sein, Nachbarschaften und Viertel stärken und die Entwicklung ihrer Quartiere stärker in die Hände der Bewohner\*innen zu legen.

Eine der wesentlichen Aufgaben der kommenden Legislaturperiode wird es daher sein müssen, die Bürger\*innen näher an die wichtigen politischen Entscheidungen heranzuführen und sie soweit wie möglich zu integrieren. Die parlamentarische Demokratie benötigt gerade auf der kommunalen Ebene eine Ergänzung durch eine ernstgemeinte und moderne Bürgerbeteiligung, die deutlich über die eher konventionellen bisherigen Versuche der Stadt Gießen hinausgeht.

Die Gießener **Bürgerbeteiligungssatzung** bietet einige Ansätze, die aber weitaus stärker mit Leben gefüllt werden müssen als dies bisher der Fall war. Selbst mehr als 5 Jahre, nachdem diese Satzung verabschiedet wurde, ist sie und sind ihre Inhalte und Beteiligungsmöglichkeiten weiten Teilen der Gießener Bevölkerung weiterhin unbekannt. Ein wesentlicher nächster Schritt muss daher darin bestehen, die Aufklärungsarbeit deutlich voranzutreiben – u. a. mit öffentlichen Veranstaltungen in den Stadtteilen, in denen die Ansätze und Gestaltungsmöglichkeiten durch den Magistrat bzw. die Verwaltung vermittelt werden. Grundsätzlich ist es daher zu begrüßen, dass das Freiwilligenzentrum aktuell ein Konzept erarbeitet, wie das Thema Klimaschutz in die einzelnen Stadtteile gebracht werden kann.

Gießen hat schon seit langem eine Tradition der Aufgabenübertragung auf bürgerschaftliches Engagement – so

- ist bzw. war das Gießener Stadttheater ursprünglich eine Stiftung von Gießener Bürger\*innen, die aus Anlass der 300-Jahr-Feier der Gießener Universität im Jahr 1906 zwei Drittel der Bausumme spendete und so den Bau ermöglichte „EIN DENKMAL BÜRGERLICHEN GEMEINSINNS“,
- gab es am Standort des jetzigen Karstadt-Parkhauses noch bis in die 60er Jahre ein Jugendstil-Volksbad, das u. a. vom Bürger\*innenverein „Volksbad Gießen e. V.“ in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts mitfinanziert worden war.

Diese Tradition muss auch im Zusammenhang mit den lokalen Maßnahmen gegen den Klimawandel fortgeführt bzw. neu belebt werden. So wird Gigg als eine der ersten eigenen Initiativen den Antrag stellen, ein entsprechendes Konzept für einen **Bürger\*innen-Fonds** zu entwickeln, über den sich Gießenerinnen und Gießener finanziell an lokalen Klimaschutzmaßnahmen beteiligen und auch davon profitieren können. Dies ist ein wichtiger Schritt, um entsprechende Ansätze möglichst schnell und unbürokratisch finanzieren und umsetzen zu können.

Gigg sieht nach vielen Jahren der außerparlamentarischen Arbeit einen erheblichen Verbesserungsbedarf im Zusammenhang mit der Kommunikation zwischen Bürger\*innen und Stadtverwaltung / Magistrat. Daher fordern wir

- die Einrichtung einer **Ombudsstelle**, an die sich Bürger\*innen wenden können, sofern sie mit den Dienstleistungen der Stadtverwaltung oder stadteigenen Betrieben nicht zufrieden sind bzw. einen Bedarf sehen, dass eine dritte Person bzw. Instanz auf einen Vorgang schaut. Primäre Aufgabe dieser Ombudsperson soll es sein, mitzuhelfen, befriedigende Lösungen für alle Beteiligten zu finden und damit zu einer besseren Verständigung zwischen Bevölkerung und städtischer Verwaltung beizutragen.
- die Einführung eines **Feedbackfragebogens** bei Bürger\*innenfragen an den Magistrat, mit der die Fragenden die Möglichkeit haben, die Ausführlichkeit, die Plausibilität etc. der gegebenen Antworten des Magistrats zu bewerten
- die **Übertragung** der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Internet
- die regelmäßige **Durchführung von Befragungen** zu Themen der Stadtentwicklung (wie sie in der Bürgerbeteiligungssatzung vorgesehen ist, aber bisher noch nicht durchgeführt wurde)
- **gewählte Ortsbeiräte auch in den Stadtteilen der Gießener Kernstadt**, um darüber auch die Bedürfnisse, aber auch Ideen und das lokale Know-how der jeweiligen Anwohnerinnen und Anwohner besser bündeln und in die Stadtpolitik einbringen zu können.
- die erforderliche **Budgetierung** durch den städtischen Haushalt – bisher wird in der Hochschulstadt Gießen viel zu sehr in Hardware (wie Straßen und Gebäude) und viel zu wenig in Software (d. h. Innovation, Kreativität, Engagement) investiert.
- die stärkere **Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund in die Bürgerbeteiligung**, da die bisher auch in vielen städtischen Gremien nur unzureichend repräsentiert ist, so dass neue Beteiligungsformen entwickelt werden sollen, die besonders diese Zielgruppe(n) ansprechen.

Gießen benötigt auch in Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung dringend **fortschrittliche Ansätze**, um der Stadtgesellschaft neue Impulse zu verleihen. Zu solchen Ansätzen, die in anderen Städten bereits erfolgreich praktiziert wurden und werden und deren Umsetzung wir für Gießen fordern, zählen u. a.

- **Bürger\*innenversammlungen / Bürger\*innenräte**, bei denen eine repräsentative Gruppe an Menschen aus der Gießener Bevölkerung ausgelost wird, die sich im Laufe eines Jahres mehrmals trifft, um mit Unterstützung von Fachexpert\*innen Vorschläge für das Parlament zu konkreten Themen zu erarbeiten. Diese Sitzungen werden neutral moderiert und dokumentiert.  
Nach Ablauf des Jahres löst sich die Versammlung auf und wird durch neu geloste Bürger\*innen ersetzt.  
Solche Versammlungen werden einberufen, wenn Themen besonders kontrovers oder die Diskussionen festgefahren sind. Ganz aktuell hat es in Irland eine entsprechende Versammlung geschafft, zwei umstrittenen Themen zu einer Lösung zu bringen: die



Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe und die Aufhebung des Abtreibungsverbots. Die Stadt Köln forciert entsprechende Räte bei Großprojekten, insbesondere zu den Themen Flächennutzung und Verkehr.

- **Reallabore** – dabei wird (insbesondere bei komplexen Fragestellungen wie der Transformationen einer Stadt in Richtung Klimaneutralität) das Erfahrungs- und lokale Wissen von Bürger\*innen gleichberechtigt zu dem von Expert\*innen mit einbezogen. Gerade eine Hochschulstadt wie Gießen ist für die Durchführung von Reallaboren prädestiniert. Wichtig bei dieser Methodik ist es, dass es über den reinen Erkenntnisgewinn hinaus Bestandteil des Ansatzes ist, konkrete Veränderungsprozesse zu initiieren, zu moderieren und zu steuern.  
Die enge Verzahnung von Wissenschaft und Stadtgesellschaft in einem konkreten lokalen Thema ist ein hervorragender Ansatz, um robuste Lösungsansätze für Gießen zu erarbeiten.
- **Offene Bürger\*innenversammlung** – diese sind sowohl in der Hessischen Gemeindeordnung als auch in der Bürgerbeteiligungssatzung der Stadt Gießen vorgesehen. Der entscheidende Punkt ist die Art und Weise, wie diese Versammlungen organisiert werden – die in Gießen häufig praktizierte Form des Frontalunterrichts ist unzeitgemäß und sollte durch eine Veranstaltung auf Augenhöhe ersetzt werden.
- Auch **Zukunftswerkstätten** sind ein seit vielen Jahrzehnten etablierter methodischer Ansatz, der sehr viel dazu beitragen kann, die Vorstellungen und Bedürfnisse der Bewohner\*innen für die Entwicklung ihrer Quartiere bzw. Ortsteile oder auch für die ganze Stadt Gießen in die städtischen Planungen zu integrieren. Dabei können z. B. Fragen im Vordergrund stehen, wie die Menschen nachhaltig leben und arbeiten wollen, wie sie sich ein Leitbild für unsere Stadt vorstellen etc. Gerade in Fragen der Stadtentwicklung mit all ihren Herausforderungen können Zukunftswerkstätten damit ein wichtiger Impulsgeber für gesellschaftlichen Entwicklungen sein – ein in Gießen bisher vernachlässigter Ansatz.

Als eines von vielen Beispielen für eine Umsetzung der von Gigg unterstützten Vorstellungen sei an dieser Stelle das Projekt „**Quartier Zukunft – Labor Stadt**“ in **Karlsruhe** genannt, bei dem im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsprojekt am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ein ganzes Stadtquartier und seine Menschen fit gemacht werden soll für die Zukunft. ([www.quartierzukunft.de](http://www.quartierzukunft.de))

Gigg steht bei der Frage der Bürger\*innenbeteiligung – nicht zuletzt aufgrund seiner außerparlamentarischen Wurzeln – eindeutig für

- eine wertschätzende, auf Transparenz basierende Zusammenarbeit von Bürgerschaft, Verwaltung, Politik, Hochschulen und Wirtschaft,
- eine Kommunikationskultur auf Augenhöhe,
- mehr und bessere Einflussmöglichkeiten der Gießener\*innen auf städtische Entscheidungsprozesse,
- neue methodische Ansätze der Beteiligung,
- Partizipation mit dem klaren Ziel der Umsetzung von Ideen, Anregungen, Konzepten aus der Bürgerschaft.

## Digitalisierung / Smart City

Die Digitalisierung, d. h. die zunehmende Abbildung von Prozessen, Informationen etc. mit Mitteln der IT und deren Vernetzung, ist eine der wesentlichen Entwicklungen der kommenden Jahre. In vielen deutschen Kommunen herrscht auch deswegen Aufbruchstimmung – u. a. ausgelöst durch das Onlinezugangsgesetz OZG, das alle öffentlichen Verwaltungen dazu verpflichtet, ihre Leistungen bis Ende 2022 über entsprechende Portale auch digital anzubieten.

Aber das Thema geht weit über das digitale Abbilden von Prozessen hinaus. Viele Kommunen haben das Potenzial erkannt und versuchen sich zur sog. Smart City weiterzuentwickeln. Natürlich gibt es dabei verschiedenen Definitionen einer Smart City, so z. B.

- eine „informierte, vernetzte, mobile, sichere und nachhaltige Stadt“ (Fraunhofer Institut)
- oder „ein Sammelbegriff für gesamtheitliche Entwicklungskonzepte, die darauf abzielen, Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten (Wikipedia).

Ziel der Digitalisierung ist es, das öffentliche Leben so effizient und bequem, aber auch so bürger\*innenfreundlich und klima- und umweltverträglich wie möglich zu gestalten. Man muss nur z. B. in Dänemark schauen, welches Verständnis von öffentlicher Verwaltung dort vorherrscht, um zu erkennen, welche Entwicklungspotenziale dieses Thema noch bietet. Wie der Branchenverband Bitkom ausführt, „gehen die Dänen online zum Bürgeramt, empfangen digitale Arztbriefe und machen in weniger als 10 Minuten ihre elektronische Steuererklärung. Mit 98,5 % nutzen fast alle Bürger\*innen die elektronische Signatur des Personalausweises – und das freiwillig.“

Dabei ist jedoch wichtig zu verstehen, dass Digitalisierung mitnichten eine Einbahnstraße ins Klimaglück bedeutet und auch nicht als solche gesehen werden darf. Neben der sehr relevanten Datenschutzproblematik, derentwegen viele Menschen der Digitalisierung kritisch gegenüberstehen, sollen einige Fakten die klimarelevanten Probleme veranschaulichen, die mit dieser Entwicklung verbunden sind und die bei einer Strategie auch mitgedacht werden müssen ([www.intelligente-welt.de/digitalisierung-und-klimaschutz](http://www.intelligente-welt.de/digitalisierung-und-klimaschutz)):

- Die Zahl der Internetnutzer\*innen und auch der „digitalisierten Lebensbereiche“ steigt unaufhaltsam – Expert\*innen schätzen für die Entwicklung des Internets, dass sich dessen Größe alle zwei Jahre verdoppelt.
- Digitale Technologien sind heute schon für 4 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich - wäre das Internet ein Land, stünde es auf Platz 6 der Liste der Staaten mit dem größten Stromverbrauch.

## Status Quo in Gießen

Was begrifflich etwas abstrakt daherkommt, bietet gerade Gießen viele Entwicklungs- und Verbesserungspotenziale - als die Stadt Hessens mit dem niedrigsten Durchschnittsalter und dem höchsten Studierendenanteil an der Bevölkerung in Deutschland hat Gießen ganz hervorragende Voraussetzungen, ein wichtiger Vorreiter zu sein. Leider werden diese Voraussetzungen bisher aber nur in Ansätzen (z. B. durch den Mängelmelder, durch die Gießen App etc.) genutzt. So listet der Smart City Index der Unternehmensberatung Haselhorst aus dem Jahr 2020 Gießen lediglich auf Platz 205 von über 400 untersuchten Städte auf, deutlich hinter Städten wie Siegen (Platz 55) oder Marburg (Platz 120).

Wer auf der Seite der Stadt das Schlagwort Smart City eingibt, erhält genau 7 Einträge ohne konkrete Ausführungen zu den Inhalten dieses Begriffs – darunter einen im Zusammenhang mit 2035Null (in

Darmstadt sind es 39 Einträge, darunter viele mit erheblicher inhaltlicher Substanz). Eine strategische Verankerung des Themas scheint in Gießen bisher nicht wirklich angedacht zu sein.

Ein leider nicht ganz so lustiger fun fact nebenbei: Wie sehr Gießen bisher leider auch in diesem Punkt der Entwicklung hinterherhinkt, zeigt die Tatsache, dass man beim Googeln (Stand 10.1.2021) von „Smart City Gießen“ zuerst auf der Homepage von 2035Null landet, die dieses Thema ausgeführt hat...

### Potenziale des Themas für die Stadtverwaltung

Neben den oben bereits angeschnittenen Potenzialen für Gießen kann und wird die Digitalisierung auch einen wichtigen Beitrag zur Verschlankung der Verwaltung liefern. Wer weiß, wie groß die Probleme der öffentlichen Verwaltung bei der Personalrekrutierung sind und wie groß dort die personellen Lücken sein werden, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in wenigen Jahren pensioniert bzw. verrentet werden, weiß auch, wie groß der Druck an dieser Stelle ist.

Und ein weiterer Punkt sei an dieser Stelle genannt – Digitalisierung wird auch zu neuen Geschäftsmodellen führen, für die Daten benötigt werden, die bei den Kommunen liegen.

Elementar für die Akzeptanz solcher Ansätze werden dabei zwei Dinge sein, für die sich Gigg auch einsetzen wird:

- die vollständige Transparenz des Umgangs mit den Daten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern
- sowie die uneingeschränkte Berücksichtigung des Schutzes der personenbezogenen Daten gem. der EU-Datenschutzgrundverordnung ebenso wie der Datensicherheit.

Ganz zentral sind für Gigg im Zusammenhang mit der Digitalisierung darüber hinaus die folgenden Aspekte:

### Nutzung der Digitalisierung für eine Verminderung der Treibhausgasemissionen

Eine digital deutlich stärker vernetzte Stadt bietet erhebliche Potenziale, (Energie)-Verbräuche, Waren- und Verkehrsströme etc. besser zu verstehen und damit zu steuern. Hierzu zählen

- **intelligente Stromnetze**, sogenannte Smart Grids, zur Verbesserung der Netzeffizienz und zur Integration erneuerbarer Energien,
- **Smart Meter**, die Privathaushalten dabei helfen, ihren Energieverbrauch zu reduzieren.
- die **intelligente Vernetzung von verkehrsrelevanten Informationen** mit besonderem Fokus auf Mobilitätsformen des Umweltverbundes

## Nutzen der digitalen Möglichkeiten für die schnellere, transparentere und effizientere Beteiligung von Bürger\*innen an Prozessen der Gestaltung und Planung ihrer Stadt

- Generell muss es das Ziel der Stadt sein, die Bürgerinnen und Bürger stärker an den Entwicklungs- und Planungsprozessen zu beteiligen und die Akzeptanz für Entscheidungen zu erhöhen, wenn Argumente für und durch alle am Prozess Beteiligten zeitnah offengelegt werden. Onlineplattformen bieten hierfür die entsprechenden Möglichkeiten, wobei ein besonderes Augenmerk auf eine effektive Moderation des Online-Prozesses gelegt werden muss.
- Die bisher geringe Beteiligung an der Ideenplattform Klimaschutz auf der Seite giessen-direkt.de zeigt, dass es nicht nur des technischen Angebots bedarf, sondern dass Verwaltung und Politik auch klar vermitteln müssen, inwieweit sie Ideen und Anregungen aus der Bürger\*innenschaft bei den finalen Entscheidungen berücksichtigen. Ein z. B. in der Kreisstadt Senftenberg umgesetztes Konzept sieht vor, dass sämtliche Vorschläge hinsichtlich ihres Umsetzungsstandes auf der Website begleitet werden. Dabei wird in Form eines Ampelsystems angezeigt, ob der Vorschlag angenommen oder abgelehnt wurde bzw. wie weit die Ausführung gediehen ist.
- Digitalisierung bietet darüber hinaus auch die Chance, dass Bürger\*innen Verwaltungsprozesse aktiv unterstützen und für die Verwaltung vereinfachen, wie dies beispielsweise im ehrenamtlichen Naturschutz heute schon geschieht.
- Eine zentrale Komponente für eine Integration der Bürger\*innen in die Verwaltungsprozesse einer Behörde spielen dabei Open Access und Open Data, d. h. die Offenlegung und gute Zugänglichkeit aller relevanten (Umwelt)-Daten, ohne die die gesellschaftliche Beteiligung nicht nachhaltig erfolgreich sein wird.

## Nutzung der Potenziale für die Bildung – nicht nur in Schulen, sondern für alle Altersstufen

Wer schulpflichtige Kinder hat, konnte im vergangenen Jahr zum einen erleben, welche Umstellungen die Coronakrise bei der Gestaltung des Unterrichts mit sich gebracht hat, und zum anderen, welches erhebliche Verbesserungspotenzial sich hier noch an den meisten Gießener Schulen bietet.

Dabei ist es Gigg wichtig, dass der Auftrag der Schulen nicht auf das Thema Effizienz bei der Vermittlung von Wissen verengt wird, sondern auch ganz zentrale Ansätze wie die Vermittlung von sozialen Kompetenzen, von Inklusion, aber vor allem auch von Chancengleichheit nicht aus dem Fokus geraten. Ein wesentliches Risiko der Digitalisierung gerade an den Schulen besteht darin, dass die soziale Spaltung der Gesellschaft durch den völlig unterschiedlichen Zugang der Familien zu digitalen Medien vertieft oder zumindest manifestiert wird.

Daher muss es ein ganz wesentliches Ziel der Digitalisierung in den Schulen sein, gerade bildungsfernere Familien in diese Entwicklung einzubinden.

### Nutzung der Potenziale für die Stadtplanung und Straßenverkehr

- Durch die Simulation von digitalen Modellen der städtischen Verkehrsinfrastruktur, können Straßenbauarbeiten besser aufeinander abgestimmt werden, um mögliche Engpässe in der Verkehrsführung zu verhindern. Außerdem kann dadurch die Umleitung von Buslinien, im Falle einer Baustelle auf der Route, optimiert werden.
- Die Anbindung von aktuellen, anonymisierten Bewegungsprofilen an das städtische Ampelsystem, ermöglicht eine „grüne Welle“ für öffentliche Verkehrsmittel und Fahrradfahrer. Dadurch werden diese Verkehrsmittel attraktiver und es können einerseits Emissionen eingespart sowie Wegezeiten der Bürger\*innen reduziert werden. Außerdem dienen aktuelle Standortinformationen von Bussen, der genaueren Abschätzung von Abfahrtszeiten an den einzelnen Haltestellen.  
In einem Notfall können Ampelsysteme ebenfalls so geschaltet werden, dass sich eine schnellstmögliche Route für die Einsatzkräfte ergibt. Eine gezielte Ampelsteuerung bietet darüber hinaus die Möglichkeit den allgemeinen Verkehrsfluss auf Emissionsreduzierung zu optimieren.
- Des Weiteren ermöglicht die Analyse von Bewegungsprofilen eine Priorisierungsreihenfolge für die Errichtung von Fahrradstraßen, neuer Buslinien, Bushaltestellen oder von Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge. Die gezielte Ausweisung von Gewerbeflächen ermöglicht es den Bewegungsradius der Bürger\*innen z.B. beim Lebensmittelkauf zu reduzieren. Was weiterhin zu geringeren Belastungen der Verkehrsinfrastruktur führt.

### Nutzung der Potenziale für die „Gießen-App“

- Die „Gießen-App“ sollte dahingehend erweitert werden, dass aktuelle Standortinformationen von Leihrädern, Car-Sharing-Angeboten und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln über einen Zugriff abrufbar sind. Dadurch kann sichergestellt werden, dass Nutzer\*innen immer das für sie passende Verkehrsmittel wählen können.
- Die „Gießen-App“ sollte außerdem dazu verwendet werden können um z. B. Theater-, Schwimmbad- oder Konzerttickets zu erwerben.
- Kulturschaffenden und Gaststättenbetreibern sollte ein direkter Zugriff auf die Inhaltsbearbeitung einzelner Veranstaltungen ermöglicht werden, damit wichtige Informationen schnellstmöglich für die Nutzer\*innen zur Verfügung stehen.

### Nutzung der Potenziale für die Wasserversorgung sowie der Abfall- und Abwasserentsorgung

- Die Simulation von vollständigen Wasserversorgungssystemen ermöglicht eine ganzheitliche Lebenszyklusanalyse aller Betriebsmittel. Das bietet weiterhin die Grundlage für die Optimierung der Planung, des Betriebs und der Instandhaltung der gesamten Versorgungsinfrastruktur.
- Digitale Überwachungssysteme können unter Wahrung der IT-Sicherheit in Echtzeit Sensordaten verarbeiten, um Leckagen oder illegale Entnahmen frühzeitig zu erkennen und zu beheben. Dadurch können Verluste bestmöglich identifiziert und reduziert werden. Die Verarbeitung dieser Daten bietet zusätzlich Optimierungsmöglichkeiten in der Netzplanung.
- Außerdem können durch die Analyse dieser Sensordaten Pumpenfahrpläne nach dem Bedarf und in Abhängigkeit von Energietarifen optimiert werden. Dadurch kann der Energieverbrauch der Wasserversorgung, als einer der Faktoren mit dem größten Energieverbrauch auf kommunaler Ebene, signifikant reduziert werden.

Über die Anbindung von digitalen Wasserzählern werden Ablese- und Abrechnungsprozesse für Versorger optimiert, was die Kosten für Verbraucher\*innen deutlich reduzieren kann.

#### Weitere Gigg-Forderungen:

- Für die Nutzung der Potentiale der Digitalisierung ist der forcierte Breitbandausbau unabdingbar. Die Ausschöpfung entsprechender Förderprogramme (z. B. der EU) sollte hier im Vordergrund stehen. Der Breitbandausbau muss zu einer Priorität in der Stadtplanung werden.
- Schaffung der Stelle eines Hauptverantwortlichen auf der Leitungsebene der Stadtverwaltung Gießen, der die Digitalisierungsbemühungen der Stadt strategisch entwickelt und deren Umsetzung begleitet und kontrolliert (eines sog. **Chief Digital Officers**).
- Wiedereinführung des Statistikamtes in der Stadtverwaltung, über das wichtige Daten und Informationen systematisch erhoben, bearbeitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Wie wichtig diese Forderung ist, zeigt z. B. die Tatsache, dass bis heute viele Veröffentlichungen der Stadt Gießen, aber auch der Stadtwerke Gießen, pro Kopf-Zahlen nutzen, die allein schon deshalb falsch sind, weil sie die Umwidmung von mehreren tausend Zweitwohnsitzen zu Erstwohnsitzen als Folge der Einführung der Zweitwohnsitzsteuer Mitte der 10er Jahre dieses Jahrhunderts nicht berücksichtigen.
- Die Ideenplattform über [giessen-direkt.de](http://giessen-direkt.de) soll nicht nur für das Thema Klimaschutz bereitgestellt, sondern auf alle Belange der Stadtentwicklung ausgeweitet werden. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass die Vorschläge mittels einer Moderation differenziert eingeteilt werden, je nachdem, ob es sich eher um kleinteilige „ad hoc“-Vorschläge handelt, oder ob generelle Belange betroffen sind, die eine tiefergehende Betrachtung durch die Verwaltung bzw. einer Verankerung im politischen Prozess bedürfen.
- Die Homepage der Stadt Gießen bedarf einer grundlegenden Überarbeitung – sowohl in Bezug auf die Inhalte, aber vor allem in Bezug auf die Funktionalitäten und die Möglichkeiten der Bürgerinformation und der Bürgerbeteiligung. Dazu zählt insbesondere eine deutliche Verbesserung der Auffindbarkeit und der Dokumentation von Bürger\*innenanfragen und den Antworten des Magistrats darauf.
- Eine Studie des Umweltbundesamts zum Thema Stromverbrauch in Abhängigkeit der Verbindungsart hat vor Kurzem gezeigt, dass WLAN deutlich energieeffizienter ist als Mobilfunk. Daher sollte es möglichst schnell zum weiteren Ausbau des öffentlichen WLAN an Orten kommen, an denen sich viele Leute aufhalten (Bushaltestellen, öffentlichen Plätzen, Schwimmbädern etc.).
- Wir unterstützen die Forderung, dass Projekte, Planungen etc., die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden bzw. werden, auch der Öffentlichkeit gehören und daher frei zugänglich und für alle nutzbar sein müssen.

## Energie

### Einleitung

Um die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, müssen die Erzeugung von Strom und Wärme auf nachhaltige Alternativen umgestellt werden, da diese beiden Bereiche für rund zwei Drittel der Treibhausgasemissionen in Gießen verantwortlich sind. Während sich die mit der Stromerzeugung verbundenen Pro-Kopf-Emissionen in unserer Stadt seit 1990 mehr als halbiert haben, sind die mit der Wärmeerzeugung verbundenen Emissionen im selben Zeitraum lediglich um 25 % gesunken und sind für über 42 % des Ausstoßes an Treibhausgasen verantwortlich.

Glücklicherweise ist die Technik für die erforderliche Umstellung längst marktreif und preislich wettbewerbsfähig, bzw. zum Teil auch ohne Berücksichtigung der wahren CO<sub>2</sub>-Kosten günstiger als die fossilen Vorgänger. Notwendig ist nun eine schnelle Weichenstellung, da einige der erforderlichen Maßnahmen in der Umsetzung einen langen zeitlichen Vorlauf haben. Da der größte Energieversorger der Region, die Stadtwerke Gießen (SWG), zu 100% in ihrem Eigentum steht, hat die Stadt in diesem Bereich jedoch einen großen Hebel, um auch kurzfristig Emissionen zu reduzieren und die Energieversorgung mittelfristig komplett klimaneutral aufzustellen. Dazu müssen die SWG zu einem „Klimaneutralitäts-Dienstleister“ umgebaut werden, der den Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort stärkt und wichtiger Ansprechpartner für die Bevölkerung, für Wirtschaft und Institutionen im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen ist, statt in Kohlestrom, Kompensationsmaßnahmen und „Öko“-Zertifikate zu investieren.

Auch im Energiesektor steht Gigg für eine konsequente Einbindung der Bürger\*innen, z. B. durch eine Förderung der Eigenversorgung und durch die Zusammenarbeit mit Bürgerenergiegenossenschaften. Dadurch kann die Stadt das für den Ausbau der erneuerbaren Energien notwendige Kapital aufnehmen und dafür sorgen, dass mehr finanzielle Wertschöpfung in der Region und bei den Bürger\*innen verbleibt.

### Umbau der SWG zum Klimaneutralitäts-Dienstleister

Das Geschäftsmodell von Energieversorgern mit einer weitgehend zentralisierten Energieerzeugung wird sich durch die Energiewende sehr stark wandeln. Diesen Wandel müssen die SWG nun für sich gestalten und sich zu einem Klimaneutralitäts-Dienstleister weiterentwickeln, der nicht nur selbst erneuerbare Energien produziert, sondern auch den Gießener\*innen hilft, sich künftig vermehrt selbst zu versorgen. Dazu müssen die SWG:

- ein neues Selbstverständnis entwickeln, das die Erreichung der Klimaneutralität in den Fokus allen Handelns stellt,
- die Vergütung der Vorstände an den Fortschritt der Erreichung der Klimaneutralitätsziele ausrichten,
- das Fernwärmenetz vollständig dekarbonisieren z. B. durch den verstärkten Einsatz von Großwärmepumpen, Solar- und Geothermieanlagen, Abwärme, sowie Fluss- und Abwasserwärme,
- schnellstmöglich, spätestens aber bis Ende 2022 vollständig aus dem Bezug von Kohlestrom aussteigen,
- den Einsatz von Erdgas in den eigenen Kraftwerken sowie den Ausbau des Gasnetzes beenden,
- die Ausrüstung der TREAs mit CO<sub>2</sub>-Abscheidern prüfen, die aktuelle Praxis der Verbrennung von gut recyclebaren gewerblichen Plastikverpackungen beenden und keinen weiteren Ausbau der Müllverbrennung anstreben,

- stattdessen in die Errichtung von erneuerbaren Energieanlagen und Speichern sowohl innerhalb als auch außerhalb des Stadtgebiets investieren (z. B. auch durch Stromabnahmeverträge/PPAs, jedoch nicht durch den bloßen Ankauf von Zertifikaten bestehender Anlagen)
- und dabei Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\*innen schaffen, um die Akzeptanz der erneuerbaren Energien durch Teilhabe an der finanziellen Wertschöpfung zu steigern,
- das Stromnetz zielgerichtet erweitern, um die Aufnahmefähigkeit von dezentral erzeugtem Strom zu garantieren,
- die Energieberatung und das Energie-Contracting bei Unternehmenskunden weiter ausbauen,
- eigene Mieter\*innenstrom-Modelle anbieten, bevor dies von privaten Anbietern übernommen wird, damit auch Mieter von günstigem PV-Strom profitieren können,
- und Privatkunden bei der Selbstversorgung helfen, z. B. durch Beratung und Vertrieb von Balkon-PV-Anlagen.

### Solarkampagne „Gießen kriegt was aufs Dach“

Um die Stadt zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgen zu können, müssen auf möglichst vielen Gießener Dächern, egal ob auf Privathäusern, kommunalen oder gewerblichen Gebäuden, Photovoltaik- (PV) und/oder Solarthermie-Anlagen entstehen. Obwohl rund 90 % der Deutschen den Ausbau der erneuerbaren Energien und insbesondere Photovoltaik unterstützen, wird das Potential in Gießen bisher nur zu etwa 5% genutzt. Andere Städte, wie z. B. Freiburg, Stuttgart, Tübingen und Wien (AT,) haben das Potential nicht nur erkannt, sondern treiben dessen Nutzung konsequent voran, z. B. durch entsprechende Bauvorgaben und Förderprogramme. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf den Anteil sauberer Energien im Strommix aus, sondern sorgt auch für lokale Wertschöpfung im finanziellen Sinn, inkl. steigender Steuereinnahmen für die Stadt. Gigg setzt sich daher für eine großangelegte Kampagne für den Ausbau von PV- und Solarthermie-Anlagen ein, in deren Rahmen die Stadt:

- selbst als Vorbild vorangeht und auf allen kommunalen Gebäuden bis Ende 2025 entsprechende Anlagen errichtet. Diese Anlagen müssen dabei so dimensioniert werden, dass die größtmögliche Emissionseinsparung und nicht primär die größtmögliche Wirtschaftlichkeit erzielt wird. Vorab erfolgt eine systematische Prüfung, welche Art der Dachflächennutzung am sinnvollsten erfolgen kann und ob eine Kombination mit Fassaden-Anlagen möglich ist.
- alternative PV-Ansätze prüft und mit den Hochschulen Testprojekte definiert. Dies könnten z. B. weitere Projekte in der Verbindung von Landwirtschaft und PV, PV-Module in Lärmschutzwänden und an Fassaden, Solarstraßen, sowie eine PV-Überdachung von Teilen des Gießener Rings sein. Durch Stromabnahmeverträge zwischen der Stadt und den Anlagenbetreibern, sollen auch Projekte ermöglicht werden, die nicht von einer Eispeisevergütung profitieren.
- zur Finanzierung der Kampagne einen „2035Null-Fonds“ auflegt oder mit Bürgerenergiegenossenschaften zusammenarbeitet. So können sich auch Gießener Kleinanleger\*innen, die kein Wohneigentum besitzen, am Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort beteiligen und finanziell von der Energiewende profitieren.
- eine Werbekampagne für den Zubau auf privaten und gewerblichen Dächern umsetzt. Der Bau der Anlagen auf kommunalen Gebäuden und insbesondere auf Schuldächern schafft Aufmerksamkeit für die Photovoltaik in Gießen und ermöglicht es der Stadt, die



Bürger\*innen und heimischen Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität miteinzubinden. Dazu schafft die Stadt eine zentrale (digitale) Anlaufstelle zur Beratung von Interessierten, richtet eine Dachbörse zur Vermittlung von Dächern ein, schreibt Unternehmen und Hauseigentümer\*innen mit geeigneten Dachflächen direkt an und bewirbt diese Angebote durch umfangreiche Werbemaßnahmen.

- eine PV-/Solarthermie-Pflicht im Neubau (privat und gewerblich) einführt, bei der mindestens 50% der Dachflächen mit entsprechenden Anlagen, die einige Mindeststandards hinsichtlich der technischen Parameter (wie z. B. Wirkungsgrade und Recyclingfähigkeit) zu erfüllen haben, ausgestattet werden müssen. Zur Einführung einer solchen Pflicht stellt die Stadt jedoch sicher, dass die Eigentümer dieser Pflicht auch durch eine Verpachtung der Dachfläche nachkommen können, wenn sie selbst keine Anlage errichten können/möchten.
- beim Neubau von Parkplätzen auf Firmengrundstücken eine Überdachung mit PV-Anlagen vorschreibt und mit den Eigentümern bestehender Parkplätze eine nachträgliche PV-Überdachung vereinbart.
- sich beim zuständigen Gesetzgeber dafür einsetzt, dass rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um
  - die PV-Pflicht künftig auch auf Bestandsgebäude ausweiten zu können (auch dort jedoch nur in Kombination mit der Möglichkeit für die Eigentümer, das eigene Dach zu verpachten).
  - PV-Anlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden zu ermöglichen
  - leichter wirtschaftlich rentable Mieter\*innenstrom-Projekte umsetzen zu können.
  - Agro-PV-Anlagen und ähnliche Konzepte im Rahmen des EEG zu fördern
- zielgerichtete Fördermaßnahmen auflegt, die im folgenden Abschnitt näher beschrieben werden.

## Förderbaustein-Katalog zur Steigerung der PV-Nutzung und der Eigenverbrauchsquote

### 1. Förderung von PV-Anlagen zur 100%igen Nutzung geeigneter Dachfläche

Durch die gesunkenen Einspeisevergütungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist der Eigenverbrauch von selbsterzeugtem Strom deutlich wirtschaftlicher geworden als dessen Einspeisung in das Stromnetz. Daher werden nun häufig Anlagen installiert, die hinsichtlich des Eigenstromverbrauchs optimiert sind und nur einen Teil der Dachfläche abdecken. Mit einem Förderbaustein, der Anreize setzt, Anlagen zu bauen / zu erweitern, die 100 % der geeigneten Dachfläche nutzen, kann die Stadt diesem Marktmechanismus entgegenwirken.

### 2. Förderung von PV-Fassaden-Anlagen

Obwohl auch Fassaden sehr gut für eine Stromgewinnung per PV-Anlage geeignet sein können, sind entsprechende Anlagen noch eine Seltenheit. Die Stadt sollte geeignete, das Stadtbild prägende Gebäude identifizieren und die Eigentümer\*innen von der Errichtung von Fassaden-Anlagen überzeugen, um diese Technologie bekannter zu machen. Darüber hinaus sollte es ein für alle Gießener\*innen zugängliches Förderprogramm geben.

### 3. Förderung der Installation von Balkon-Modulen

Auch viele Balkone sind zur Stromerzeugung per PV-Anlage geeignet, die leicht zu installieren sind und die Stromkosten der Bewohner deutlich senken können, wodurch die Energiewende direkt bei den Bürger\*innen ankommt. Ein entsprechendes Förderprogramm würde hier vor allem

Personengruppen zugutekommen, die keine eigene Immobilie besitzen, sondern i. d. R. auf weniger Fläche und zur Miete wohnen.

#### 4. Heimspeicher

Netzdienliche Stromspeicher spielen eine wichtige Rolle im Energienetz der Zukunft. Mit ihrer Hilfe können Schwankungen im Stromnetz ausgeglichen und die erneuerbaren Energien optimal eingesetzt werden. Um für eine schnellere Verbreitung im Stadtgebiet zu sorgen, sollte die Stadt auch hierzu ein ergänzendes Förderprogramm auflegen. Es ist noch zu prüfen, ob eine Förderung daran gebunden werden sollte, dass die Stromspeicher durch die SWG zu einem virtuellen Kraftwerk zusammengeschaltet werden können, um damit netzdienliche Leistungen erbringen zu können.

#### 5. Förderung der Baukosten

Die Installation von PV-Anlagen auf bestehenden Dächern kann durch z. B. hohe Gerüstkosten, statische Ertüchtigung, oder die Verlegung von Bauteilen, unwirtschaftlich werden. Eine Unterstützung bei den Kosten, die nicht direkt zur PV-Anlage gehören, kann somit die Schwelle zur Umsetzung einer PV-Anlage senken und sollten daher gefördert werden.

### Erschließung weiterer erneuerbarer Energiequellen

Da der Strombedarf in Gießen nicht ausschließlich aus Photovoltaik-Anlagen gedeckt werden kann, müssen weitere erneuerbare Energiequellen genutzt werden. Welche dies sein sollen und wo entsprechende Anlagen entstehen sollen, möchten wir mit den Gießener\*innen gemeinsam eruieren, da viele Optionen nicht unumstritten sind. So gibt es beispielsweise ein ausgewiesenes Windvorranggebiet in Fernwald, das auch einige Grundstücke einschließt, die im Besitz der Stadt Gießen liegen. Da es sich hierbei jedoch um Waldflächen handelt, möchten wir mit den Gießener Bürger\*innen darüber sprechen, ob das Potential dort genutzt werden sollte oder ob der Schutz des Waldes Vorrang genießt. Ein ähnlich gelagerter Fall wäre ein Schachtwasserkraftwerk an den bereits bestehenden Wehranlagen (E-Werkwehr) in der Lahn. Obwohl die zusätzlichen Eingriffe in die Natur an dieser Stelle minimal wären, stehen sich auch hier Natur- und Klimaschutz gegenüber. Nutzen wir jedoch die auf unserem Stadtgebiet sehr begrenzten Möglichkeiten nicht, muss Gießen mehr Strom importieren und lagert somit negative Auswirkungen aus. Daher sollte Gießen die direkte Beteiligung an der Errichtung von zusätzlichen erneuerbaren Anlagen anstreben, um positiv auf den Ausbau dieser Technologien einwirken zu können. Den bloßen Kauf von Zertifikaten lehnen wir ab, da dieser die kommunale Energiewende ausbremst, ohne dabei Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

### Energieeffizienz und -einsparung erhöhen

Die sauberste Energie ist die, die nicht verbraucht wurde. Gießen muss daher seine Anstrengungen zur Energieeinsparung ausbauen, da durch die Elektrifizierung neuer Bereiche (z. B. Wärme & Mobilität) der Verbrauch elektrischer Energie steigen wird. Wir möchten daher folgende Maßnahmen umsetzen:

- Für jedes kommunale Gebäude wird je nach Größe ein\*e Energiebeauftragte\*r ernannt, die/der für den sorgsamen Umgang mit Energie im Gebäude verantwortlich ist und eine entsprechende Schulung erhält. Die Energiebeauftragten ermitteln Potentiale, klären

Gebäudenutzer\*innen über Energiesparmöglichkeiten auf und berichten jährlich über die Fortschritte. Die besten Ideen und die größten erzielten Einsparungen werden jährlich prämiert. Alternativ können die finanziellen Einsparungen z. B. direkt den Schulen zugutekommen, in denen sie erzielt wurden, um so ein hohes Eigeninteresse zu nutzen.

- Alle Angestellten der Stadt, die hauptsächlich im Büro arbeiten, erhalten ein Energieeffizienz-Training, um sowohl am Arbeitsplatz als auch Zuhause den Energiebedarf zu senken.
- Die Stadt bemüht sich darum, dass auch in Gießen das "Stromspar-Check"-Angebot des Deutschen Caritasverbandes und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands etabliert wird. Das Angebot hat zum Ziel, den Stromverbrauch in einkommensschwachen Haushalten zu verringern, und bietet gleichzeitig Langzeitarbeitslosen über ihre Tätigkeit als Stromsparhelfer\*innen die Chance auf einen Wiedereinstieg ins Berufsleben.
- Bei allen Maßnahmen ist jedoch zu beachten, dass nicht jedes neue energiesparende Gerät automatisch besser ist als sein energieeffizienter Vorgänger. Nur wenn die Produktionsemissionen ebenfalls beachtet werden, kann eine nachhaltige Entscheidung für oder gegen eine Neuanschaffung getroffen werden. Es geht also nicht darum, blind alte Geräte auszutauschen, sondern auf Basis von konkreten Analysen bzw. Informationen abzuwägen, ob ein Austausch sinnvoll ist.

### Energieeinsparungen durch Reduktion der Lichtverschmutzung

Auch in der Stadt Gießen gehen nach Sonnenuntergang viele Lichter an. Immer mehr und immer heller. In Europa sind es jedes Jahr ca. 5 % mehr. Unmengen an Licht strahlen völlig nutzlos in Richtung Himmel ab. Diese „Lichtverschmutzung“ erhöht nicht nur den Energieverbrauch erheblich und lässt den Sternenhimmel verschwinden, sondern hat noch weit gravierende Folgen für unsere Tier- und Pflanzenwelt. Seit rund drei Milliarden Jahren ist der tägliche Hell- und Dunkelrhythmus in den Genen fast aller Organismen fest verankert und steuert fast alle lebenswichtigen Prozesse. Durch die Lichtverschmutzung unserer Städte geraten diese Prozesse ins Wanken.

Mit einfachen Mitteln ist es leicht möglich, Urbanität und Ökologie in Einklang zu bringen. Denn Licht gehört auf Straßen und Wege und nicht in den Himmel.

Werden bestimmte Vorgaben berücksichtigt, lässt sich ein großer Beitrag zur Reduzierung der nächtlichen Lichtverschmutzung leisten:

- Intensität: Nutzung geringer Lumen
- Richtung: Vermeidung von Streulicht
- Farbe: je gelber desto besser
- Montagehöhe: je niedriger desto besser
- Dauer: Vermeidung von Dauerlicht
- Notwendigkeit: Wegsicherheit und Orientierung statt Dekoration

Auch die Stadt Gießen ist hier in der Verantwortung. Eine sinnvolle und wegweisende Möglichkeit, die Lichtverschmutzung zu reduzieren, könnte die Verabschiedung einer **Beleuchtungsrichtlinie** sein. Mit so einer Richtlinie sollte sich die Stadt zunächst selbst verpflichten, bei eigenen Beleuchtungsanlagen alle oben genannten Vorgaben zu berücksichtigen. Zugleich sollte die Richtlinie private Bauherren und Planer sowie Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden wichtige Handreichungen für eine energiesparende, klimafreundliche Lichtoptimierung bieten. Die Stadt sollte dabei (evtl. auch mit einer Kampagne) für eine freiwillige Mitwirkung sensibilisieren und eine entsprechende Beratung anbieten.

Übrigens: Wir müssen nicht weit fahren, um eine Kommune zu finden, die genau dieses Thema, d. h. den Kampf gegen die Lichtverschmutzung, massiv vorantreibt. Fulda ist hier weltweit eine absolute Vorreiterin und hat auch international Aufmerksamkeit erregt mit ihrer Kampagne „Sternenstadt Fulda“. U. a. hat Fulda bereits eine Beleuchtungsrichtlinie verabschiedet, die dazu beitragen soll, „das Erscheinungsbild der Stadt Fulda vor Verunstaltung und Überinszenierung durch falsch eingesetztes Licht zu schützen“.

### Umstellung auf eine Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien

Die Emissionsreduktion in der Wärmeversorgung ist die wohl schwierigste Aufgabe, die uns in Gießen und allgemein in Deutschland auf dem Weg zu Klimaneutralität erwartet. Sowohl die hohe Menge an Emissionen in diesem Bereich, als auch die hohe Komplexität und die üblicherweise langen Investitionszyklen machen es erforderlich, in diesem Bereich besonders schnell und entschieden zu handeln. Die Stadt muss daher beratend, regulatorisch, fördernd und durch Investitionen seitens der SWG tätig werden, um sowohl möglichst hohe Einsparungen beim Wärmebedarf zu erzielen als auch die Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien umzustellen. Zunächst muss die Stadt jedoch eine Datengrundlage z. B. in Form eines Wärmekatasters schaffen, aus dem Informationen zu Wärmebedarf, -erzeugung und -verteilung in Gießen hervorgehen, und dieses um eine Potentialerhebung ergänzen, die aufzeigt, wie die Klimaneutralität der Wärmeversorgung am besten erreicht werden kann.

### Wärmeeinsparung durch Gebäudesanierung

Für eine klimaneutrale Wärmeversorgung ist es unabdingbar, zunächst den Wärmebedarf durch die Sanierung der Gebäude zu senken. Die Stadt muss auch hier als Vorbild vorgehen und einen verbindlichen Sanierungsfahrplan vorlegen, wann welche ihrer Gebäude saniert werden. Dabei muss mit denjenigen Gebäuden begonnen werden, die einen besonders hohen Wärmebedarf haben, um die größten Emissionseinsparungen zuerst zu realisieren. Zur Finanzierung dieser Sanierungen, sollte die Stadt auch hier auf das Potential der Gießener\*innen zurückgreifen und einen Sanierungsfonds auflegen.

Darüber hinaus muss die Stadt analog zur oben genannten PV-Kampagne eine ganzheitliche Kampagne entwickeln, um die Eigentümer\*innen der Gebäude zu einer Sanierung zu bewegen. Diese würde nicht nur die Sanierungsquote erhöhen und so Emissionen reduzieren, sondern gleichzeitig starke lokale finanzielle Wertschöpfungseffekte inkl. steigender Steuereinnahmen für die Stadt erzielen. Die Kampagne sollte folgende Punkte beinhalten:

- Eine Quartiersoffensive unter Inanspruchnahme des KfW-Förderprogramms 432, in deren Rahmen mit Hilfe von Sanierungsmanager\*innen Quartierskonzepte erarbeitet werden. Dabei muss insbesondere auch ein Fokus auf der seriellen Sanierung liegen und Konzepte wie das Energiesprung-Prinzip (niederländisches Konzept zur seriellen Sanierung mit Hilfe von digitalisierten Bauprozessen und vorgefertigten Elementen) analysiert werden.
- Eine kostenlose Sanierungsberatung für Eigentümer\*innen direkt in der betroffenen Immobilie (z. B. in Form einer „Energiekarawane“ wie in Viernheim). Neben den Einsparmöglichkeiten muss hierbei auch darauf geachtet werden, dass die Sanierung selbst nachhaltig (z. B. mit nachwachsenden Dämmstoffen) erfolgt.
- Eine enge Zusammenarbeit mit dem lokalen Handwerk, inkl. einer Ausbildungs- und Recruiting-Offensive, um die notwendigen Fachkräfte zur Verfügung zu haben.

- Vernetzung mit bereits bestehenden Angeboten z. B. von Verbraucherzentralen und Energieagenturen.
- Eine digitale Plattform, die alle wichtigen Informationen zum Thema bündelt und Anschauungsbeispiele aus Gießen inkl. Ansprechpartner\*innen aufzeigt.
- Eine zielgerichtete Werbekampagne, um die Eigentümer \*innen auf die Angebote der Stadt hinzuweisen. Der Fokus sollte hier zunächst auf den Eigentümer\*innen von besonders sanierungsbedürftigen Gebäuden liegen.
- Ergänzende Fördermittel, insbesondere bei energetisch sehr schlechten Gebäuden oder kostspieligen Sanierungen wie z. B. bei denkmalgeschützten Gebäuden, mit dem Ziel, Mietsteigerungen zu verhindern.
- Die Stadt verlangt von allen großen Vermietern eine Klimastrategie, in der dargelegt wird, wie diese ihre Immobilien sanieren und dabei Mietsteigerungen, die über die Einsparungen an Nebenkosten hinausgehen, verhindern.

### Dekarbonisierung der leitungsgebundenen Wärmeversorgung (Gas- und Fernwärmenetz)

Um die netzgebundene Versorgung mit Wärme klimaneutral zu gestalten, muss die vorhandene Fernwärmeinfrastruktur schrittweise von einer auf Erdgas und Müllverbrennung basierenden Wärmeerzeugung auf eine Kombination aus nachhaltigen Alternativen umgestellt werden. Für die Grundlast des Fernwärmenetzes sind vornehmlich Technologien einzusetzen, die elektrische Energie direkt zur Wärmeerzeugung nutzen, um Wirkungsgradverluste so gering wie möglich zu halten. Zudem sollte die Nutzung der Abwärme aus alternativen Quellen wie von Industrie- bzw. Gewerbeanlagen, elektrischen Verteilnetztransformatoren, von städtischen Gewässern oder der Kanalisation/Kläranlage geprüft werden. Die Stadt sollte zudem eine flächendeckende Analyse des Geothermie- und des Solarthermie-Potentials im Stadtgebiet vornehmen.

Nur in Zeiten, in denen eine direkte Deckung des akuten Wärmebedarfs aufgrund von Engpässen im elektrischen Netz nicht möglich ist, sollten Wasserstoff, Biogas oder synthetisches Erdgas zur Deckung des Bedarfs hinzugezogen werden.

Für ausgewählte Fernwärmeabschnitte sollte eine Absenkung der Vorlauftemperatur geprüft werden, um den Energiebedarf und die Energieverluste soweit wie möglich zu reduzieren. Die entsprechenden Netznutzenden müssen bei der möglicherweise notwendigen Ergänzung von technischen Einrichtungen und der zielgerichteten Gebäudesanierung unterstützt werden.

Für die gasnetzgebundene Wärmeversorgung müssen flächendeckend Alternativen gesucht werden. In Versorgungsabschnitten, die in räumlicher Nähe zu einem Fernwärmenetzabschnitt liegen, muss der Erweiterung eben dieses Netzes die höchste Priorität beigemessen werden. Solange noch Gas in Anlagen der SWG verbrannt wird und durch die Gasleitungen in Gießen strömt, müssen die SWG transparent machen, woher das Gas stammt und wie dessen Emissionsbilanz von der Produktion bis zum Einsatz aussieht. Fracking-Gas darf dabei nicht zum Einsatz kommen. Alle Möglichkeiten, "klimaneutrales Gas" wie z. B. Bio-Gas aus Reststoffen, grünes Methan, etc. einzusetzen, sind von den SWG mindestens jährlich zu prüfen und offenzulegen. Den Endkund\*innen der SWG muss auch im Gas-Bereich ein klimaneutrales Angebot gemacht werden.

Für abgeschaltete Gas- und Fernwärmeleitungen sollte geprüft werden, ob diese als Leerrohre für etwaige elektrische Leitungen verwendet werden können.

### Förderung beim Austausch einer Verbrennerheizung (Öl, Gastank, Pellets, Hackschnitzel etc.)

Um den Zugang zu klimaneutraler Wärme auch für Bürger\*innen sicherzustellen, deren Wärmebedarf nicht leitungsgebunden gedeckt wird, müssen Fördermaßnahmen von Bund und Land gezielt ergänzt und betroffene Bürger\*innen darüber direkt informiert werden. Je nach Einzelfall muss zwischen der Förderung eines Anschlusses an das Fernwärmenetz und der Förderung zur Anschaffung einer Wärmepumpe entschieden werden. Um den Wärmepumpen-Einsatz flächendeckend voran zu bringen, ohne dabei das Stromnetz zu überlasten, müssen Strategien zur Steuerung von Kundenanlagen entwickelt und eine besonders "netzdienliche" Betriebsweise über finanzielle Anreize belohnt werden - z. B. können leicht überdimensionierte Wärmespeicher die Flexibilität in der Anlagensteuerung stark erhöhen.

### Wärme im Neubau

Neubaugebiete müssen künftig so geplant werden, dass sie sich komplett selbst mit Wärme versorgen können. D.h. entweder durch dezentrale Wärmepumpen und Solarthermieanlagen oder durch ein quartiersbezogenes Wärmenetz, das sich aus erneuerbaren Energien speist. Verbrennerheizungen jeglicher Art werden im Neubau (auch außerhalb von Neubaugebieten soweit umsetzbar) verboten.

### Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet auch für die Energiewende zahlreiche Ansätze, damit Energie möglichst effizient genutzt werden kann und das Stromnetz trotz neuer Herausforderungen stabil bleibt. Die SWG sollten daher die Ausrüstung mit Smart Metern im Stadtgebiet deutlich beschleunigen und einen entsprechenden Stromtarif anbieten, der die Stromkunden an den Effizienzgewinnen, die durch die Smart Meter-Nutzung entstehen können, teilhaben lässt. So kann das Zusammenspiel aus dezentralen Stromerzeugern und -verbrauchern wie Wärmepumpen, E-Fahrzeugen, Heimspeichern und PV-Anlagen und dem elektrischen Netz optimiert werden, was bei sichergestellter Stabilität effizientere Erzeugung und Verteilung von Energie ermöglicht.

## Finanz- und Haushaltspolitik

Cornelia Rösler, die Leiterin des Bereichs Umwelt im Deutschen Institut für Urbanistik schreibt im Vorwort der Difu-Publikation „Klima und Finanzen“ aus dem Jahr 2020 folgendes: *„Die Notwendigkeit des Klimaschutzes ist inzwischen insgesamt in der Öffentlichkeit angekommen. Sein Erfolg in den Kommunen ist jedoch auch abhängig von drei Faktoren: erstens überzeugte und überzeugende Kommunalpolitik, zweitens motivierte und qualifizierte Mitarbeiterschaft und drittens finanzielle Spielräume für Zukunfts-Investitionen in den Klimaschutz.“*

Im folgenden Kapitel wollen wir uns dem dritten Faktor widmen.

### Ausgangssituation:

Gießen hatte über lange Zeit erhebliche Probleme mit einem sehr hohen Haushaltsdefizit. Ende 2012 zog die Stadt Gießen die Reißleine und nahm das Angebot des Landes Hessen zur Entschuldung wahr. Über Jahre stand die Stadt anschließend unter dem Rettungsschirm des Landes und konnte so ihre Schuldenlast deutlich zurückführen. Bis zum Beginn der Corona-Krise führten diverse Maßnahmen wie die deutliche Erhöhung der Grundsteuer B oder die Zweitwohnsitzsteuer, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit dem einhergehenden Anstieg des Gewerbesteueraufkommens zu einer deutlichen Entspannung.

Im September 2019 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, den ersten Gießener Bürger\*innenantrag anzunehmen und sich dazu zu verpflichten, bis 2035 klimaneutral zu werden. Ein wesentlicher Teil des Antrags und damit auch des Beschlusses lautet, dass die Stadt alle erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen wird, um dieser Verpflichtung nachzukommen. Bei diesen „erforderlichen Mitteln“ handelt es sich natürlich auch und gerade um finanzielle Mittel. **Die Finanz- und Haushaltspolitik wird demnach eine ganz zentrale Rolle der politischen Arbeit von Gigg in den nächsten Jahren spielen.**

In der öffentlichen Diskussion in Gießen wurde die Finanzschwäche vom Magistrat bzw. den ihn tragenden Parteien immer wieder als Grund ins Feld geführt, derentwegen effiziente Klimaschutzmaßnahmen nicht umgesetzt werden konnten. In Anbetracht der sich jeden Tag verschärfenden Klimaproblematik ist eine solche Verhinderungsargumentation schon lange nicht mehr akzeptabel – stattdessen bedarf es auch in Gießen kurz-, mittel- und langfristig erheblich größerer finanzieller Anstrengungen, um die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen.

### Grundgedanken:

Ganz wesentlich ist im Zusammenhang mit der kommunalen Finanz- und Haushaltspolitik die Differenzierung zwischen kurz- und langfristigen Effekten. Die Kunst einer klimaorientierten Haushaltspolitik wird darin bestehen, die kurzfristigen finanziellen Belastungen nicht zu hoch werden zu lassen und trotzdem den langfristigen Nutzen/die Entlastung für die Stadt sowohl in Bezug auf die Finanzen als auch in Bezug auf das Klima zu maximieren.

Klar ist jedoch in jedem Fall – unterlassener Klimaschutz wird langfristig um ein Vielfaches teurer, als alle Investitionen in Klimaschutz sein können. Laut Umweltbundesamt (UBA) verursacht jede emittierte Tonne CO<sub>2</sub>e gesellschaftliche Schäden im Wert von 195 €, wenn die Wohlfahrt heutiger

Generationen höher gewichtet wird, als die Wohlfahrt zukünftiger Generationen<sup>1</sup>. Berücksichtigt man die Generationengerechtigkeit, d.h. heutige und zukünftige Generationen werden gleichgestellt, müssen die Schäden laut UBA sogar mit 680€ pro Tonne CO<sub>2</sub>e bewertet werden. Das "Argument", Klimaschutz sei zu teuer, greift beim Blick auf diese Zahlen vollständig ins Leere. Da diese Schäden aktuell nicht in den Kalkulationen berücksichtigt werden, bilden diese nicht die wahren Kosten ab.

Für Gigg besteht daher eine erste Konsequenz aus dieser Feststellung darin, dass bei allen kommunalen Projekten künftig mit einem CO<sub>2</sub>-Schattenpreis gerechnet wird, um die wahren Kosten abzubilden und so zukunftsfähige Entscheidungen treffen zu können, die nicht zulasten nachfolgender Generationen gehen.

Gigg ist darüber hinaus der Überzeugung, dass gut geplante kommunale Klimaschutzmaßnahmen der zentrale Weg der kommenden Jahrzehnte sind, Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte vor Ort zu erzielen und die Lebensqualität in Gießen nachhaltig zu erhöhen.

### Was heißt das konkret?

Die Erhöhung der Lebensqualität durch Klimaschutzmaßnahmen ist an verschiedenen anderen Stellen des Programms beschrieben und wird daher an dieser Stelle nicht wiederholt.

Aber die Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte seien an dieser Stelle etwas ausführlicher anhand von Beispielen beschrieben.

- Thema Energie: Bedarf an (i. d. R. lokalen) Handwerksbetrieben für regenerative Energien, für Sanierungsmaßnahmen, für Heizungsaustausch, etc. – d. h. Schaffung von Arbeitsplätzen, Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens
- Dämmmaßnahmen in kommunalen Gebäuden senken die laufenden Kosten für diese
- Werden die dafür notwendigen Mittel über Bürgerfonds, Bürgerenergiegenossenschaften und ähnliche Modelle aufgebracht, verbleibt auch die Wertschöpfung im Bereich der Projektfinanzierung in der Region

### Klimaschutzrelevante Investitionen

„Klassische“ Finanzierungsansätze:

Üblicherweise werden kommunale Investitionen durch Eigenmittel, Fördermittel oder Kredite finanziert. Die Höhe der bereitgestellten Eigenmittel bzw. der beantragten Fördermittel oder Kredite ist abhängig von den politischen Entscheidungen der Stadtregierung. Klar ist, dass die Mittel schnell deutlich erhöht werden müssen – siehe Einleitung. Wenn eine Stadt wie Gießen es sich leisten kann,

- eine teure Landesgartenschau durchzuführen,
- einen eigenen siebenstelligen Betrag in die Hand zu nehmen, um einen „brutto/netto“-Bahndammdurchstich in der Dammstraße zu finanzieren (der zwar „nice to have“, aber sicher nicht zwingend erforderlich war und ist),
- oder auch einen Mietvertrag zu unterschreiben, der 100 Arbeitsplätze der städtischen Verwaltung für einen jährlich siebenstelligen Betrag in ein neues Gebäude auslagert, ohne

---

<sup>1</sup> Umweltbundesamt, Methodenkonvention 3.1 zur Ermittlung von Umweltkosten - Kostensätze, Stand 12/2020  
[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-12-21\\_methodenkonvention\\_3\\_1\\_kostensaetze.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-12-21_methodenkonvention_3_1_kostensaetze.pdf)



die Effekte des Homeoffice (und damit der möglichen Einsparung von Büroarbeitsplätzen) ausreichend zu untersuchen,

sollte auch der Spielraum für ausgeprägte Investitionen in den Klimaschutz gegeben sein. Dabei sind die hohen jährlichen Ausgaben für die Instandsetzung von Straßen und Parkflächen für den PKW-Verkehr noch gar nicht berücksichtigt.

### Förderung

Neben der Digitalisierung ist der Klimaschutz eines der Themen, für die auf allen Ebenen die meisten öffentlichen Fördermittel zur Verfügung gestellt werden – von der EU bis zum Land Hessen. In der Vergangenheit hat die Stadt Gießen z. B. im Bereich der Verkehrswende nicht immer die Möglichkeiten genutzt, die es gegeben hätte, zum Teil wg. zu geringer eigener Personalressourcen, zum Teil auch wegen des fehlenden inhaltlichen bzw. politischen Interesses. Generell muss es in den kommenden Jahren die Strategie der Stadt Gießen sein, die Fördermöglichkeiten im Klimaschutz optimal auszunutzen. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit einer Förderung deutlich dadurch erhöht, wenn Kommunen neue Wege gehen, neue Ansätze versuchen, mit einem klaren Konzept an die Fördermittelgeber herantreten. Für Gießen bedeutet dies, den Beschluss 2035Null als hervorragende Grundlage zu nutzen, diesen proaktiv konzeptionell mit Leben zu füllen und nicht nur reaktiv auf Rahmenbedingungen und Zielvorgaben von Fördertöpfen zu reagieren.

### Alternative Finanzierungsansätze

Die klassischen Finanzierungsansätze können gerade im kommunalen Klimaschutz durch alternative Modelle wie Fonds oder Crowdfunding ergänzt werden. Darüber hinaus kommen natürlich auch Ansätze wie Sponsoring durch Unternehmen oder Bürger\*innen in Frage, wodurch auch die Identifikation der einbezogenen Unternehmen und Mitmenschen deutlich gestärkt und gleichzeitig die Akzeptanz für den Klimaschutz vor Ort steigen würde.

Das Deutsche Institut für Urbanistik Difu listet folgende Beispiele für alternative Finanzierungsansätze auf, die auch für Gießen sehr interessant:

- **Energie-Contracting**, bei dem ein Energiedienstleister (Contractor) die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden übernimmt.
- **Intracting** – es handelt sich hierbei um eine Sonderform des Contracting, das z. B. bei der verwaltungsinternen Finanzierung von Energiesparmaßnahmen im Zusammenhang mit der Modernisierung von kommunalen Liegenschaften zum Einsatz kommt.
- **Crowdfunding**, bei dem Geld von (vielen) verschiedenen Geldgeber\*innen gesammelt wird, um Klimaschutzmaßnahmen (wie z. B. Photovoltaikanlagen auf Schulen) zu finanzieren. Je nach Modell erhalten die Geldgeber\*innen eine Rückzahlung auf ihr Investment oder auch nicht-monetäre Gegenleistungen (z. B. die öffentliche Erwähnung des Namens – analog zum Stadttheater, in dem verschiedene Privatpersonen und Unternehmen die Bestuhlung übernommen haben, um die Kosten für das Theater zu senken.)
- **Sponsoring**, das lokalen Unternehmen die Möglichkeit bietet, ihr Engagement für den Klimaschutz öffentlichkeitswirksam darzustellen.
- **Klimaschutzfonds**, in denen zweckgebunden Gelder zur Verfügung gestellt werden, die aus unterschiedlichen Quellen kommen können (Konzessionsabgaben, Gewinnanteile von Energieversorgungsunternehmen, Haushaltsmittel der Stadt, Spenden von Bürger\*innen und Unternehmen und Vereinen, etc.)

- **Energiegenossenschaften**, bei denen sich engagierte Bürger\*innen zusammenschließen, um PV-Anlagen, Windenergieanlagen oder sonstige Energieeinsparmaßnahmen zu finanzieren. Wichtig bei diesem Ansatz ist es, dass das eingelegte Geld verzinst wird und eine Rendite erwirtschaftet.

Für Gigg ist es daher wesentlich, dass die Stadt die o. g. und weitere alternative Finanzierungsansätze prüft, um möglichst effizient Geldmittel für die Umsetzung der erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen zu generieren.

### Stadt als Geldanlegerin

Immer mehr Kommunen beschäftigen sich strategisch mit der Frage, wie sie ihr Geld auch unter Klimagesichtspunkten vernünftig und verantwortbar anlegen können. D. h. sie entwickeln klare Vorgaben, die bei der Anlage zu berücksichtigen sind.

Dabei spielen auch die Möglichkeiten des Divestments, d. h. des bewussten Abzugs von Finanzmitteln aus klimaschädlichen Anlageformen, bzw. des Re-Investments, d. h. des Umlenkens entsprechender Mittel in klimafreundliche Anlagen, eine wachsende Rolle. Was Unternehmen wie dem Norwegischen Pensionsfonds, der schon vor einiger Zeit seinen Rückzug aus allen Anlagen verkündet hat, deren Kohleanteil am Umsatz über 30 % liegt, der Allianz und Axa recht ist, kann einer klimaneutralen Kommune nur billig sein. Dementsprechend muss die Stadt über ihre Stadtwerke nicht nur vollständig aus dem Verkauf von Kohlestrom aussteigen, sie muss auch ihre Anlagen einer entsprechenden Prüfung unterziehen.

Und – die Entwicklung von Divestmentstrategien sind nicht nur moralisch geboten, sie haben auch weitere Vorteile, indem sie Risiken minimieren, einen positiven Einfluss auf die städtische Gesellschaft haben, indem sie die Stadt viel stärker als zentrale Akteure ihrer eigenen Handlungen platziert und wahrnehmbar macht. Damit übt die Stadt auch eine starke Vorbildfunktion für die Einwohner\*innen, aber auch die ortsansässigen Unternehmen und Institutionen aus.

### Einführung eines Bürger\*innenhaushalt

Wie an verschiedenen anderen Stellen beschrieben, ist es ein wesentliches Ziel von Gigg, die Teilhabe der Gießener\*innen an den politischen Entscheidungen zu verbessern bzw. zu erhöhen. Dies gilt auch und gerade für das Thema Finanzen. Ein in vielen Kommunen inzwischen erprobtes Instrumentarium stellt dabei der Bürger\*innenhaushalt dar, d. h. die Festlegung einer bestimmten Summe oder eines Anteils am städtischen Haushalt, über deren Verteilung nicht die Stadtverordnetenversammlung berät, sondern die Gießener\*innen direkt. Dabei ist das Verfahren der Diskussion in den Kommunen unterschiedlich – sie reicht von der Teilhabe von per Losverfahren ausgewählten Bürger\*innen bis hin zu einem von der Stadtverwaltung moderierten Prozess mit offener Beteiligung. Welcher methodische Ansatz der Beste ist, muss in Gießen noch festgelegt werden.

### Forderungen von Gigg:

- Alle Haushaltsentscheidungen auf Klimarelevanz unter Berücksichtigung eines angemessenen CO<sub>2</sub>-Schattenpreises prüfen und diese Beurteilung transparent dokumentieren
- Im Verkehrsbereich: Einführung einer Systematik, die eine klare Zuordnung von Ausgaben und Einnahmen zu einzelnen Verkehrsträgern ermöglicht.

- Konkretes Einwirken auf die Politik der Sparkasse Gießen z. B. im Hinblick auf eine stärkere Verankerung des Klimaschutzes bei der Kreditvergabe, aber auch bei der Anwendung von Divestment- bzw. Re-Investment-Strategien und bei der Erreichung der sparkasseneigenen Klimaziele.
- Zweckbindung von Einnahmen z. B. aus Parkgebühren für den Ausbau der Radinfrastruktur (als **zusätzliche** Mittel)
- sofern vorgesehen oder tatsächlich realisiert: Geldanlagen der Stadt nur unter Berücksichtigung der Klimaeffekte der Anlage
- Einführung eines Klima-Bürgerhaushalt – es wird ein jährlich steigender Betrag festgelegt, über dessen Verwendung nicht die Stadtverordnetenversammlung, sondern die Bürger\*innen online oder persönlich beraten.
- Schaffung einer Stelle in der Verwaltung zur maximalen Ausschöpfung von Fördermitteln auf EU-, Bundes- und Landesebene
- Entwicklung und Umsetzung einer städtischen Strategie zur Stärkung der o. g. alternativen Finanzierungsansätze mit einem klaren Ziel und einem klaren Slogan „z. B. 1 Million für den Gießener Klimaschutz“ – z. B. mit Hilfe eines Gießener Bürger\*innenfonds, wie er in München gerade eingeführt werden soll.

## Stadtplanung/Stadtentwicklung

### Bevölkerungswachstum ist kein Selbstzweck – Lebensqualität in Gießen muss in den Vordergrund gerückt werden

Gießen ist in den letzten 10 Jahren enorm gewachsen, die Einwohnerzahl ist um mehr als 10.000 Mitbürger\*innen gestiegen. Immer neue Wohngebiete wurden geplant und gebaut – von der Bergkaserne, über das RKH-Gelände bis zur Lahnstraße etc., darunter die weit überwiegende Mehrheit im mittel- bis hochpreisigen Segment, was eher die Bedürfnisse der Finanzinvestoren befriedigt hat als den Bedarf an günstigem Wohnen in unserer Stadt.

Klar ist, dass dieses Wachstum auch in Gießen an seine Grenzen stößt – das Ziel, aus unserer Stadt eine Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohner\*innen zu machen, um dadurch u. a. erhöhte Schlüsselzuweisungen durch das Land zu erhalten, ist kein gutes und richtiges Ziel. Dafür ist die Fläche unserer Stadt einfach nicht groß genug und dafür wurden parallel zu dem starken Wachstum keine Lösungen für die damit einhergehenden Probleme gefunden (Pkw-Verkehr, Belastungen des Mikroklimas, Verbauung von Kaltluftschneisen, fehlende öffentliche Aufenthaltsflächen etc.).

Nach vielen Jahren des Wachstums ist es unserer Überzeugung nach daher Zeit für einen grundlegenden Wandel in der Stadtplanung und -entwicklung - weg von der investorenzentrierten Stadtentwicklung („Gießen ist ein El Dorado für Investoren“), hin zu einer bürger\*innenfreundlichen Stadtplanung. Statt die Bedürfnisse weniger, gut mit Politik und Verwaltung vernetzter Investoren ins Zentrum der Stadtentwicklung zu stellen, muss es unserer Überzeugung nach jetzt darum gehen, neben dem Ziel der Klimaneutralität die Lebens- und Aufenthaltsqualität aller Gießener\*innen zum Ankerpunkt der zukünftigen Planungen zu machen. Der Flächenfraß muss auch in Gießen ein Ende haben – nicht alle Menschen, die in Gießen wohnen wollen, werden dies perspektivisch auch tun können. Vielmehr gilt es, die Kooperationen mit Umlandgemeinden zu stärken und diese besser über entsprechende verkehrliche Strukturen (RegioTram) an Gießen anzubinden.

Die Stadtplanung muss daher die **Lokomotivfunktion** übernehmen, um die Veränderungsnotwendigkeiten in Planungsprozesse zu überführen. Dazu braucht es klare Leitlinien und inhaltliche Vorgaben.

Was bedeutet das konkret?

### Umstrukturierung der Verwaltung – Schaffung eines Transformationsdezernats

- Die mit der Klimaneutralitätsverpflichtung bis 2035 verbundenen Veränderungsprozesse in Gießen (natürlich nicht nur bei uns) sind gewaltig und werden unsere Stadt grundlegend verändern (müssen). Auch der Vorsitzende des BID Seltersweg Heinz-Jörg Ebert spricht (für den Seltersweg) als Konsequenz der Krise des Einzelhandels von Transformationsprozessen und Veränderungsbereitschaft, die den Eigentümern der Gebäude abverlangt würden.
- Wir sind der Überzeugung, dass es der Bündelung aller Kräfte bedarf, um diese Veränderungen zu bewältigen. Daher sollte die Stadt Gießen ein Transformationsdezernat schaffen, dessen primäre Aufgabe es ist, genau diese Veränderungsprozesse zu initiieren, zu strukturieren, zu moderieren und zu kontrollieren. Die Schaffung eines solchen Dezernats ist weit mehr als eine begriffliche Umwidmung alter Strukturen, sprich alter Wein in neuen Schläuchen. Sie bietet vielmehr auch für die Stadtverwaltung die Gelegenheit, ihre Strukturen dem zentralen Thema der nächsten Jahrzehnte anzupassen, effizientere Einheiten zu schaffen und Reibungsverluste zu vermeiden.

## Entwicklung klarer Leitlinien und Vorgaben durch die Politik für die Investitionen (Masterplan 2035)

- Als Erstes muss in Angriff genommen werden, was schon längst hätte in Angriff genommen werden müssen – einen auf aktuellen Daten basierenden und den Anforderungen einer Stadt mit einer Klimaneutralitätsverpflichtung genügenden **Masterplan** zu entwickeln. Die aktuelle SPD-CDU-Grünen-Koalition hatte dies zwar in ihrem Vertrag 2016 vorgesehen, aber keinerlei Anstrengungen unternommen, dieses Vorhaben auch umzusetzen.  
Von dem jahrelangen Verzicht auf einen solchen Masterplan profitierten in erster Linie die Investoren, die dann die Flächen entwickeln konnten, ohne sich um Leitplanken einer 2035Null-Stadt kümmern zu müssen. Und als Folge einer solchen „leitplankenlosen“ Politik wurden dann im US-Depot vorhandene Schienen rausgerissen, statt diese für einen Ausbau des ÖPNV zu nutzen, oder es wurde ein autoarmes Projekt in der Bergkaserne vor die Wand gefahren, weil es niemand wirklich realisieren wollte (die Reduzierung der Stellplatzvorgaben und damit die Entlastung des Investors wurde aber natürlich beibehalten).
- Grundsätzlich fordern wir: Es muss wieder der Primat der Politik gelten - das heißt die Stadtpolitik macht die Vorgaben, unter denen Investitionen in unserer Stadt möglich sind. Und diese Vorgaben werden gemeinsam mit den Bürger\*innen, aber natürlich auch mit den sonstigen relevanten gesellschaftlichen Gruppen (Hochschulen, Wirtschaft, etc.) entwickelt, so dass gemeinsame Ziele eines möglichst breiten Teils der Gießener Stadtgesellschaft sind, nach denen die Entwicklung unserer Stadt erfolgt.

## Stärkere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern

- Dementsprechend wird es ein wichtiges Ziel unserer Politik sein, die **Bedürfnisse der Anwohner\*innen stärker in den Fokus der Stadtentwicklung** zu rücken. Hierzu fordern wir, einmal jährlich in allen Gießener Stadt- und Ortsteilen einen öffentlichen Termin zu veranstalten, in dessen Rahmen die anstehenden kurz- und mittelfristigen Pläne für die jeweiligen Gebiete und Flächen vorgestellt und diskutiert werden.
- Weitere Forderungen zur Bürgerbeteiligung (siehe separater Text).

## Erhöhung der Lebens- und Aufenthaltsqualität

- 2019 schrieb der Deutsche Städte- und Gemeindebund: „Die Lebensqualität in Städten und Gemeinden ist zu einem großen Standortfaktor geworden. Die Bewohner möchten sich an ihrem Wohnort wohlfühlen und sich vom stressigen Alltag erholen können. Wichtiger Faktor für höhere Lebensqualität wird neben effizienter Infrastruktur, vielfältigen Kulturveranstaltungen häufig auch ein gutes Angebot an Naherholungsflächen in der Stadt genannt. Denn städtisches Grün bietet wertvolle Flächen für Freizeit, Bewegung und Sport. Die grünen Lungen in Kommunen tragen zum Stressabbau bei und fördern die Gesundheit von Jung und Alt.“
- Aus unserer Sicht hat Gießen hier einen erheblichen Nachholbedarf. Zum Beispiel im Südviertel gibt es außer auf Kinderspielplätzen viel zu wenige Möglichkeiten der Begegnung im öffentlichen Raum. Daher ist hier die Entwicklung eines Bürger\*innenparks zwischen Wilhelmstraße und Leihgesterner Weg ein wichtiger Ansatz zur Verbesserung der Situation. Die dortigen Flächen stehen für eine Bebauung nicht zur Verfügung und werden aktuell in erster Linie von vielen Hundenbesitzer\*innen genutzt. Hier bietet sich eine einmalige Gelegenheit, ein fehlendes Element der Stadtplanung voranzutreiben. Auch dies sollte von Beginn an unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger im Südviertel erfolgen.

- Ähnliche Flächen sollten im gesamten Stadtgebiet geprüft werden – auch kleinere Parkflächen können und sollten zur Erhöhung der Lebensqualität genutzt werden.

### Wohnungsbau - Flächen nicht nur für wenige Investoren / Sozialen Wohnungsbau stärken

- In den letzten Jahren ist immer wieder kritisiert worden, dass es für nicht-gewerbliche Investoren mehr oder weniger unmöglich ist, in Gießen an Flächen für eigene, z. T. auch sehr interessante Projekte (z. B. zum generationenübergreifenden Wohnen) zu kommen. Auch dies ist etwas, was zwingend geändert werden muss. Deshalb sollen alternative Wohnformen gefördert werden, insbesondere solche, die Individualflächen zugunsten von Gemeinschaftsflächen minimieren, da
  - bei gleicher Wohnfläche in alternativen Wohnformen mehr Menschen wohnen als in herkömmlichen Ein- oder Mehrfamilienhäusern.
  - sie jedes Wohnquartier bereichern
- Wir wollen daher neuen und kleineren Akteuren wie Genossenschaften, Gemeinschaftsvorhaben von Eigentümern (Baugruppen) und gemeinnützig orientierten privaten Investoren, die neuen sozialen Wohnraum schaffen wollen, den Zugang erleichtern. Hierzu sollen Bürgerschaftsmodelle geprüft werden.
- Eine Folge der investorengesteuerten Stadtentwicklung war bzw. ist es darüber hinaus, dass sich ein Großteil der gebauten Wohneinheiten nicht am Wohnungsbedarf orientiert hat (der viel stärker im günstigen Mietwohnungsbau gelegen hätte), sondern am Investitionsbedarf derjenigen Personen, die ihr Geld in Immobilien anlegen wollten bzw. angelegt haben. Dementsprechend wurde in Gießen in den letzten 10 Jahren weit überwiegend im mittel- und hochpreisigen Segment gebaut und Forderungen nach Sozialquoten (d. h. nach Vorgaben für bestimmte Anteile von Sozialwohnungen an den insgesamt gebauten Wohneinheiten) in der Vergangenheit von der Koalition immer abschlägig beschieden. Andere Städte wie Freiburg, Ludwigshafen, Norderstedt, Lübeck oder Wien haben längst vorgemacht, dass es auch anders geht, ohne dass dadurch der Wohnungsbau verhindert worden wäre.
- Wir fordern daher regulierende Maßnahmen durch die Stadt:
  - Spekulationen und Leerstand verhindern (z. B. Residenzpflicht, Vermietungsgebot, Baugebot, etc.);
  - Generelles städtisches Vorkaufsrecht für freie Flächen und Bestandsgebäude (Gründung eines Bodenfonds);
  - Erbpacht statt Grundstücksverkauf: "das kommunale Liegenschaftsvermögen ist als Grundlage für künftige Entwicklungen und Generationen zu erhalten und zu erweitern. Die Städte brauchen die Trumpfkarte des Bodenbesitzes angesichts der anhaltenden Dynamik auf den Immobilienmärkten (Deutsches Institut für Urbanistik, 2021)".
  - Grundsätzlich sollen daher ab sofort alle städtischen Grundstücke nur noch per Pacht vergeben und deren Nutzung an ökologische Kriterien geknüpft werden
  - Architektenwettbewerbe mit Schwerpunkt flächensparendes Bauen;
  - Einrichtung einer kommunalen Wohnungstauschbörse; Umzugsprämien für Kleinhaushalte, die eine größere Wohnung frei machen bzw. Unterstützung von älteren Menschen beim Umzug in eine kleinere Wohnung;
- Und wir fordern konkrete bauliche Maßnahmen:
  - Schließung der restlichen Baulücken (nach einer Prüfung, ob einige Baulücken als städtische Grünanlagen genutzt werden können bzw. sollen);

- Nutzung der Vertikale (z. B. Wohnungen über flachen Gewerbebauten, Schulen, Garagenanlagen, Aufstockung etc.);
- Grün am Bau (z.B. begrünte Dächer und Fassaden);
- Die Unterstützung von innovativen Grundrissen und Bauformen (es gibt weltweit viele Beispiele für platzsparendes Bauen; sie sollten bekannt gemacht und unsere üblichen Wohnungsgrundrisse zur Diskussion gestellt werden.)

### Folgen der Coronakrise insbesondere auf den Markt der gewerblichen Immobilien in Gießen prüfen

- Bei allen Problemen, die die Coronakrise mit sich bringt bzw. bereits gebracht hat, ist sie auch ein deutlicher Beschleuniger der Digitalisierung und damit des mobilen Arbeitens geworden. Viel mehr Menschen konnten bzw. mussten 2020 coronabedingt von zuhause arbeiten als noch 2019. Und viele Arbeitnehmer\*innen, aber auch gewerbliche oder institutionelle Arbeitgeber stellten fest, dass dies häufig auch weitaus besser klappte als gedacht.
- Infolgedessen gewinnen flexiblere Arbeitskonzepte erheblich an Bedeutung – Konzepte, in denen Beschäftigte nicht mehr fünf Tage in der Woche ins Büro kommen, sondern vielleicht nur noch zwei oder drei Tage.
- Dieser - aller Voraussicht nach unumkehrbare - Trend wird auch klare Auswirkungen auf den Immobilienmarkt haben. Viele Unternehmen und Verwaltungen sind bundesweit bereits dabei, ihren Flächenbedarf zu prüfen bzw. nach unten anzupassen. Die entsprechenden Folgen für Gießen sind noch nicht final abschätzbar. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Bedarf für Gewerberäume tendenziell sinken wird, während im Wohnungsbau eher etwas größere Einheiten nachgefragt werden dürften. Diese Entwicklungen stellen auch die Stadt Gießen vor die Aufgabe, die Planungen für weitere Gewerbe- und Wohngebiete dahingehend zu prüfen, welche Auswirkungen damit verbunden sind bzw. welche Potenziale zum Beispiel für die Umwidmung von gewerblichen Immobilien in Wohnraum vorhanden sind. Nur durch eine sorgfältige Prüfung dieser Entwicklung kann verhindert werden, dass in den kommenden Jahren die Leerstände der Zukunft produziert werden.

### Nachhaltige Aufwertung von Grünflächen und Wäldern

- Grünflächen spielen eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung der Klimafolgen, die auch auf Gießen zukommen werden. Dementsprechend ist es für den Erhalt der Lebensqualität in unserer Stadt zwingend, die Bedeutung von öffentlichem Grün in der Stadtplanung anzuerkennen und umzusetzen.
  - Förderung und Unterstützung für den Aus- und Aufbau sowie Betrieb von Bürger\*innen-Gärten und -Anbauflächen (Urban Gardening Projekte) in den Parks und Grünanlagen.
  - Ausbau des Baumbestands in der Stadt (z. B. pflanzt Düsseldorf bis 2025 für jede/n Einwohner\*in einen zusätzlichen Baum, ebenso für jedes neugeborene Kind) mit dem Fokus auf „klimafesten“ Arten (Bäume sollten hohes CO2-Bindungspotenzial besitzen, hitzeresistent sein etc).
- Städte wie Andernach machen es vor – die **essbare Stadt**:
  - Unterstützung der Errichtung von Hochbeeten auf Brachflächen, Parkplätzen und ungenutzten Baugrundstücken,
  - Förderung von Gemeinschaftsgärten - Bürger\*innen-Projekte zur gemeinschaftlichen Garten- und Landwirtschaftsnutzung.

- Verpachtung von ungenutzten, brachliegenden Flächen an landwirtschaftliche Bürger\*innenprojekte (wie z. B. Solidarische Landwirtschaft).
- Schaffung von Kälteinseln
  - Die Stadt muss besonders aufgeheizte bzw. Hitzeanfällige Areale in der Stadt identifizieren und diese Hotspots durch Begrünung, Entsiegelung etc. entschärfen bzw. in klimafreundliche Areale umwandeln.

### Aktive Rolle der Stadt Gießen beim Erwerb von Grundstücken

- Eine entscheidende Frage ist die, welche Rolle die Stadt Gießen beim Erwerb von Flächen spielen kann bzw. sollte. Generell ist es ein wichtiger Ansatz, dass die Stadt ihre Handlungsmöglichkeiten auch in Richtung Klimaneutralität durch den Erwerb von Grundstücken ausbauen kann bzw. sollte. Nur dadurch wird es möglich, in der anschließenden Planung und Bebauung weitergehende zivilrechtliche Vereinbarungen zu treffen – eine Chance, die in den vergangenen Jahren von der Stadt Gießen weitestgehend vergeben wurde.
- Es sollte daher geprüft werden, inwieweit auch in Gießen eine kommunale Politik der **Grundstücksbevorratung** sinnvoll und erforderlich ist, um die Vorgaben einer 2035Null-Stadt effizienter umsetzen zu können.

### Vorgaben in der Bauplanung

- Der gesamte Gebäudesektor war 2017 für ca. ein Drittel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich. Dementsprechend ist die klimagerechte Bauleitplanung bei der Umsetzung des Klimaschutzes vor allem im Sektor Neubau der wirksame Hebel der lokalen Klimapolitik. Alle zukünftig geplanten und fertiggestellten Gebäude und Baugebiete werden Gießen für viele Jahrzehnte nicht nur architektonisch und stadtplanerisch prägen, sondern auch in Bezug auf ihre Klimarelevanz. Da eine Nachbesserung immer sehr viel teurer ist als eine präventive Berücksichtigung der entsprechenden Klima- und Nachhaltigkeitskriterien, muss es Ziel einer zukunftsweisenden Stadtplanung sein, den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck aller zukünftig geplanten und gebauten Gebäude zu minimieren. Dies gilt nicht nur für den Energiestandard der Gebäude, sondern auch für die Begrünung, die Außenanlagen, die Fläche, die für Autos benötigt wird, die Nutzung des Areals für die Gewinnung regenerativer Energien (Photovoltaikanlagen auf den Dächern, Begrünung von Flachdächern etc.).
- Hier tragen über die aktuellen KfW-Standards hinausgehende Vorgaben für die Energieeffizienz der Gebäude ebenso bei wie eine Nutzung von Dachflächen zur Stromerzeugung aus Sonnenenergie entweder im Eigenbetrieb oder auf der Basis von Contracting-Modellen. (weitere Ausführungen im Energieteil)
- Neubaugebiete müssen künftig so geplant werden, dass sie sich komplett mit Wärme und weitestgehend mit Strom selbst versorgen können. Wärme z. B. durch dezentrale Wärmepumpen und Solarthermieanlagen oder durch ein quartiersbezogenes Wärmenetz, das sich aus erneuerbaren Energien speist. Verbrennerheizungen jeglicher Art werden im Neubau (auch außerhalb von Neubaugebieten soweit umsetzbar) verboten. Neben PV-Anlagen müssen insbesondere Quartiersspeicher geplant werden, die zu einer höheren Strom-Eigenversorgungsquote des Quartiers beitragen und netzdienliche Leistungen erbringen können.
- Generell gilt: Die Stadt Gießen sollte klare **Spielregeln** entwickeln, an denen sich aktuelle und zukünftige Investoren, Bürger\*innen und Stadtverwaltung orientieren können, wenn es darum geht, die Klimaneutralitätsverpflichtung in konkreten Projekten umzusetzen.



- Ein wesentlicher Aspekt einer klimaangepassten Bauplanung wird die Anbindung der Neubauprojekte an die Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Bahn, Bus, Fahrrad) spielen.
- Darüber hinaus muss ein Hauptaugenmerk den verwendeten Baumaterialien gelten bzw. entsprechenden Vorgaben
  - Metalle und mineralische Baustoffe (z. B. wie Beton) sind mit einem hohen Energieaufwand bei der Herstellung verbunden, nachwachsende Baustoffe wie Holz mit einem geringen - Neubauten bis zu zwei Vollgeschossen sollten daher in Holz- oder Holz-Hybridbauweise erstellt werden.
  - Verstärkter Einsatz von Recyclingmaterialien – z. B. von Recyclingbeton, bzw. auch von klimaneutralen Baumaterialien (z. B. bei der Dämmung) und deren Verwendung genauer betrachtet werden.
- Berücksichtigung von Rückbaubarkeit von Gebäuden in der Planung
- Verbot von Schotterflächen – z. B. beim Finanzamt, aber auch privat
- Zwingender Erhalt bzw. Ausbau von Kaltluftentstehungsgebieten (Äcker und Wiesen) und Kaltluftschneisen
- Begrünung von Flachdächern sowie von mindestens 30 % der Fassaden, um das Stadtklima zu verbessern
- Vorschrift zur Verwendung heller Farben, um die Aufheizung zu minimieren
- etc.

### Gewerbeansiedlung

- Auch bei der Gewerbeansiedlung herrscht der Eindruck vor, dass es viel stärker darauf ankommt, über welche Kontakte die Investoren verfügen (z. B. im ehemaligen US-Depot), als darauf, welche Unternehmen das 2035Null-Gießen gerne ansiedeln möchte.
- Wenn Gießen eine der führenden Mittelstädte für die Entwicklung und Umsetzung klimagerechter Lösungen in der Stadtentwicklung werden soll, bedeutet dies natürlich auch, dass die Stadt klare Vorgaben entwickeln muss, die Unternehmen berücksichtigen müssen, die sich auf dem Gebiet der Stadt ansiedeln möchten.

### Stadt als Bauträgerin

- Wichtig für die weitere klimagerechte Stadtentwicklung ist es, dass die Stadt selbst ihrer Vorbildfunktion gerecht wird – sei es dort, wo sie selbst als Bauträgerin auftritt, sei es indirekt über ihre Beteiligungen (Wohnbau, Mittelhessische Wasserbetriebe, Stadtwerke etc.).
- Auch hier muss es klare Leitlinien geben, nach denen die Stadt als Bauträgerin tätig wird bzw. Vorgaben, die die Stadt berücksichtigt, wenn sie als Bauträgerin auftritt.

### Flächenversiegelung stoppen

Gemeinsam mit Wasser und Luft ist der Boden die Grundlage für das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen. Boden bindet Kohlenstoff, steuert das Klima mit und liefert Lebensmittel.

Bodenschutz ist auch elementar für den Klimaschutz. Die 2,5 Milliarden Tonnen organisch gebundener Kohlenstoff, die landwirtschaftliche Böden allein in Deutschland speichern, sind außer für die Bodenfruchtbarkeit auch von großer Bedeutung für das Klima. Diese CO<sub>2</sub>-Senke lässt sich durch standortangepasste und nachhaltige Bewirtschaftung übrigens noch steigern. Demgegenüber

ist die Überbauung von Böden jedoch eine einmalige und finale Nutzung, da die Neubildung von fruchtbarem Boden i. d. R. mehrere tausend Jahre dauert.

Dennoch werden in Hessen weiterhin jeden Tag 2,5 ha Bodenfläche versiegelt - der Flächenverbrauch und die ausufernde Flächenversiegelung schreiten ungebremst voran. Bei der Planung von Logistikzentren und überdimensionierten Gewerbegebieten überbieten sich die Kommunen gegenseitig mit der z. T. vagen Hoffnung, Arbeitsplätze zu schaffen und Gewerbesteuererinnahmen zu generieren. Dabei werden diese Hoffnungen häufig enttäuscht.

Die Folgen für diesen Burn-out der Flächen sind enorm.

- Durch die Versiegelung der Flächen verliert der Boden seine Fähigkeit, Wasser aufzunehmen und Kohlenstoff zu speichern.
- Gleichzeitig hat dieses einen negativen Einfluss auf das Mikroklima, weil an Sommertagen die Hitze nicht absorbiert werden kann und so die Umgebungstemperatur deutlich erhöht wird.
- Wertvolle landwirtschaftliche Flächen und Wälder werden vernichtet – mit massiven Auswirkungen auf die Frischluftschneisen, insbesondere für die dicht besiedelte Stadtbebauung.
- Auch das Artensterben schreitet voran, da wichtige Lebensräume verloren gehen.

Auch in der Stadt Gießen werden Wohnquartiere und die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen vorangetrieben. Die Ausweisung von Grünflächen im Vergleich zur Wohn- bzw. Gewerbefläche spielt demgegenüber eine ungeordnete Rolle.

Die Verantwortung für den Erhalt der Ressource Boden muss daher stärker in den Fokus der Stadtplanung gerückt werden – mittelfristig muss der Flächenfraß auch in Gießen ein Ende haben. Ein gutes Vorbild liefert hier die Stadt Köln, wo der Netto-Flächenverbrauch bis 2030 im gesamten Stadtgebiet auf Null reduziert werden soll, was bedeutet, dass für jeden neuen Flächenverbrauch (z. B. durch Gebäudebau, Straßenbau etc.) an anderer Stelle ursprünglich bebaute Fläche wieder in Grünfläche umgewandelt werden muss.

Daher fordert Gigg auch für Gießen bei der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie Verkehrsflächen einen sorgsamen Umgang mit der Ressource Boden.

- Schrittweise Minimierung des innerstädtischen Flächenverbrauchs auf Netto-Null bis 2030,
- Erstellung eines öffentlich einsehbaren Leerstandskatasters von Wohnhäusern und Gewerbebrachen,
- Wo möglich Umwidmung von Büroflächen in Wohnraum (als Reaktion auf den geringeren gewerblichen Flächenbedarf durch Digitalisierung und mobiles Arbeiten),
- Aufstockung von Lebensmitteldiscountern und sonstigen gewerblichen Gebäuden,
- Bessere Vernetzung bzw. Absprachen mit Umlandgemeinden bei der Ausweisung von Gewerbegebieten (interkommunale Zusammenarbeit),
- Beim Wohnungsbau sollen mindestens 50% der neuen Wohnungen durch eine intelligente und stadtteilspezifische Kombination aus moderater Hochhausbebauung, Nachverdichtung, Dachaufstockungen, Alley Flats und Flächensuffizienz realisiert werden.

### Klimaanpassungsstrategien

- Klar ist, dass sich der Klimawandel nicht mehr vollständig aufhalten lässt, sondern auch in Gießen in den nächsten Jahren massive Folgen mit sich bringen wird. Dabei werden v. a. die

zunehmende Trockenheit, eine weitere deutliche Erhöhung der Durchschnitts- aber auch der Höchsttemperaturen im Sommer sowie die Zunahme von Starkniederschlägen sich ganz konkret auf die Menschen auswirken.

- Die Konsequenz auch für Gießen wird es sein, so schnell wie möglich entsprechende Maßnahmen zur Abmilderung dieser und weiterer Folgen zu entwickeln. Hierzu gehört z. B. Konzepte und Maßnahmen zur
  - Schaffung und Vernetzung von Kälteinseln in der Stadt,
  - Entsiegelung, Begrünung und Beschattung öffentlicher Flächen,
  - Gewinnung von Flächen für das dezentrale Nutzen, Versickern oder Rückhalten und Sammeln von Niederschlagswasser (sog. Retentionsflächen),
  - Rückhaltung von Niederschlagswasser von Dachflächen öffentlicher Gebäude und Anlagen
  - sowie zum Erhalt und zum deutlichen Ausbau von Straßenbäumen und öffentlichem Grün.
- Zu diesen Maßnahmen zählt auch eine Bezuschussung von entsprechenden Aktivitäten von privaten und/oder gewerblichen Grundbesitzern, da die langfristigen Kosten des Klimawandels für die Stadt sicher deutlich höher ausfallen werden als die für eine Bezuschussung erforderlichen Mittel.

#### Weitere Themen im Zusammenhang mit der Stadtplanung und Stadtentwicklung

- Immer wieder wird von Naturschutzorganisationen in Gießen moniert, dass beschlossene Ausgleichsmaßnahmen entweder gar nicht oder nur teilweise umgesetzt werden. Eine wichtige Forderung ist daher eine transparente Dokumentation und konsequente Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen durch entsprechende digitale Aufbereitung der Projekte und den Maßnahmen.
- Ganz wichtig: Gießen braucht kurzfristig klimatische Leuchtturmprojekte wie z. B. eine Nullenergie-Siedlung in Gießen und/oder entsprechende gewerbliche Vorzeigeprojekte. Die Entwicklung des Gail'schen Geländes bietet hierfür eine zeitnahe Gelegenheit. Auch in Gießen gibt es mit Sicherheit Menschen, die ihre Gebäude im Passivhausstandard oder sogar klimapositiv bauen oder sanieren möchten – hier gilt es, zusätzliche Anreize für solche Bauwilligen zu schaffen.
- Wir sprechen uns zudem für eine Beratungsstelle für private und gewerbliche Bauherren aus, die diese dabei unterstützt, die Vielzahl and Fördermöglichkeiten und Vorschriften für klimafreundliches Sanieren und Bauen zu durchschauen bzw. richtig zu nutzen.

## Mobilität in Gießen

### Die Ausgangssituation

Der Verkehr ist weltweit einer der Hauptverursacher von Treibhausgasen. Auch in Gießen trägt er mit rund 35 % zu den entsprechenden Emissionen der städtischen Klimabilanz bei. Seit fast 30 Jahren haben sich dabei die Pro-Kopf-Emissionen der Gießener\*innen im Verkehrsbereich mit 2,5 T CO<sub>2</sub> pro Jahr nicht mehr positiv verändert.

Dementsprechend wird auch heute der Verkehr in Gießen weiter durch den motorisierten Individualverkehr (MIV=Auto) dominiert; für 6 von 10 Wegen die in Gießen stattfinden wird ein Auto genutzt. Diese Einschätzung und die folgenden Werte ergeben sich aus der Auswertung verschiedener Datenquellen wie u. a. dem Bericht „Klimaneutrales Gießen 2035“ (Stadt Gießen, 09/2020) oder der Untersuchung „Mobilität in Deutschland“ (MiD 2017). Die rund 90.000 Gießener\*innen tragen mit ihren jährlich ca. 50 Mio. Autowegen etwa gleich viel zur Gesamtzahl von rund 100 Mio. Autowegen bei, wie die „Gießen-Besuchenden“ (Pendler, Studierende, Schüler\*innen, Einkaufende, ...). Mit einer durchschnittlichen Weglänge von 10 – 12 km je Autofahrt kommen damit aber rund 1.100 Mio. PKW-km zusammen, die (bei 140g CO<sub>2</sub> je Auto-km) CO<sub>2</sub>-Emissionen von gut 150 Tsd. Tonnen pro Jahr verursachen.

### Das Ziel „Gießen2035Null“

Die Selbst-Verpflichtung der Stadt Gießen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Stadtgebiet bis 2035 auf den Wert Null abzusenken, betrifft natürlich auch die oben beschriebenen verkehrsbedingten Emissionen. Daher muss es in Gießen eine massive Verkehrswende geben – weg vom PKW-dominierten Verkehr, hin zum Umweltverbund (vor allem zum Zufußgehen und Radfahren, Bussen und Bahnen sowie Carsharing).

Klar ist dabei jedoch auch, dass es sich hierbei um eine große Herausforderung handelt, wie das folgende Szenario verdeutlichen soll:

Selbst wenn für Gießen und Umgebung das ehrgeizige Ziel erreicht werden würde, die heutige PKW-Zahl bzw. damit verbundenen Fahrten auf die Hälfte abzusenken, muss man annehmen, dass von dieser verbleibenden Hälfte nur ein Teil elektrisch betriebene PKW wären und es weiterhin eine große Zahl diesel- oder benzinbetriebener PKW (die in den nächsten Jahren auch in Gießen und Umgebung immer noch weiter ver- und gekauft werden) gäbe. Es ist daher leider davon auszugehen, dass es 2035 (in 14 Jahren) immer noch CO<sub>2</sub>-Emissionen aus motorisiertem Verkehrsgeschehen (Autos, ÖPNV, ...) geben wird. Die Konsequenz aus diesen Annahmen ist eindeutig: Die verbleibenden Emissionen des Verkehrs können bilanziell nur durch Kompensationsmaßnahmen auf Null gestellt werden.

Aber klar ist auch, wie groß dieser Hebel sein muss: Durch die anzustrebende Halbierung des aktuellen Auto-Bestands bzw. den Wegfall/Ersatz der damit verbundenen Fahrten würden immerhin schon rund 100.000 t CO<sub>2</sub> pro Jahr vermieden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass in den nächsten 15 Jahren jedes Jahr die Emissionen um durchschnittlich 6.700 t CO<sub>2</sub> abgesenkt werden müssen, indem der PKW-Verkehr reduziert wird, u. a. durch ein „Umsteigen“ auf Zufußgehen, Radfahren oder Bus/Bahn-Nutzung.

Am Ende der nächsten Legislaturperiode im März 2026 würde dann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des PKW-Verkehrs bereits um rund 25.000 t niedriger liegen als heute und die Zahl der PKWs in Gießen und Umgebung wäre um rund 13.000 niedriger als heute.

## Der Weg...

Inzwischen gibt es eine Vielzahl von nationalen und internationalen Beispielen für geeignete und wirksame Maßnahmen, mit denen die genannten Veränderungen erreicht werden können – auch und gerade auf kommunaler Ebene.

Davon seien hier exemplarisch genannt die Wiedereinführung der Straßenbahn in Regensburg oder diverse Projekte aus der Liste der AGNH (Nahmobilität Hessen),

Dabei kommt es immer auf die kontinuierliche Wirkungsmessung und die Mitwirkung aller Bürger\*innen („gemeinsame Verpflichtung“) an.

Als eine Methode der Wirkungsmessung sollte für das Gießener Straßennetz ein elektronisches Mess-System zur anonymen Verkehrsdatenerfassung (Zählsystem) für PKW-Fahrten eingerichtet werden, wie es teilweise auch für den Radverkehr schon sinnvoll diskutiert wird.

Für alle zu treffenden Maßnahmen sollen die folgenden Prinzipien gelten:

- mehr Flächengerechtigkeit durch mehr Platz für Fuß- und Radverkehr und weniger Platz für den ruhenden und fahrenden PKW-Verkehr
- deutliche Verbesserung des ÖPNV-Angebots (häufigere Fahrten, bessere Vertaktung etc.)
- Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr u.a. durch eine Verlangsamung des KFZ-Verkehrs, baulich getrennte Fahrradspuren und umgestaltete Kreuzungsbereiche
- Reduzierung der Umweltbelastungen durch den Verkehr (weniger Lärm, geringere CO<sub>2</sub>- und Feinstaub-Emissionen, weniger Abgase/Gestank)
- barrierefreie und sozial ausgewogene Gestaltung des Verkehrssystems
- Umschichtung von öffentlichen Mitteln weg von der Förderung des PKW-Verkehrs, hin zum Umweltverbund

Die o. g. Ziele der Reduzierung der verkehrsbedingten Emissionen (inkl. jährlich definierter Zwischenziele) sowie die vorstehenden Grundsätze sollen auch durchgängig bei den Festlegungen des künftigen Verkehrsentwicklungsplans (VEP) für die Stadt Gießen gelten.

Der VEP wird mindestens alle Maßnahmen aus der folgenden Auflistung enthalten, soweit diese im Rahmen eines praktikablen und gut zugänglichen Bürger\*innen-Beteiligungsverfahrens Zustimmung finden; weitere Vorschläge und Maßnahmen werden im genannten Verfahren entwickelt.

Um die genannten Ziele (insb. CO<sub>2</sub>-Neutralität) zu erreichen, kommen viele Maßnahmen in Frage. Für die im Folgenden genannten Ansätze möchten wir uns besonders einsetzen, die Liste ist jedoch nicht als abschließend zu betrachten. Die Auswahl reicht von leicht umzusetzenden, besonders schnell wirksamen bis hin zu großen und nur mit erheblichem (auch finanziellen) Aufwand umzusetzende Maßnahmen.

Die Maßnahmen sind dabei in sechs Kategorien aufgeteilt.

## Fußverkehr

Fußgänger\*innen sind im Vergleich zu anderen Verkehrsteilnehmenden oft strukturell unterlegen, dabei werden von Gießener\*innen schon rund 22 % aller zurückgelegten Wege zu Fuß bewältigt. Im städtischen Kerngebiet liegt dieser Wert tendenziell noch etwas höher. Der Anteil der Wegstrecke, die dabei zurückgelegt wird, liegt mit rund 3 % natürlich deutlich niedriger, da die Strecken oft kürzer sind. Dabei ist Zufußgehen klimaneutral und hat viele weitere Vorteile, wie z. B. die Förderung der

persönlichen Fitness, eine intensivere Wahrnehmung der Umgebung und die erleichterte Kommunikation mit Mitbürger\*innen; auch wenn diese Vorteile in Gießens verstopften, lauten und nach Abgasen stinkenden Straßen heute häufig noch nicht wirklich wahrgenommen werden können.

Ziel muss es also sein, die Bedingungen für den Fußverkehr so zu verbessern, dass der Anteil der zu Fuß zurückgelegten Strecken sich massiv erhöht. Laut dem Bericht "Klimaneutrales Gießen 2035" müsste sich der Anteil der zu Fuß zurückgelegten Strecke allein durch Gießener\*innen auf rund 11,5 % vervierfachen.

Erhebliche Verbesserungen für den Fußverkehr wollen wir u. a. erreichen durch:

- Die Einrichtung fußgängerfreundlicherer Ampelschaltungen mit deutlich kürzeren Wartezeiten für Fußgänger\*innen bis zur nächsten Grünphase, statt bei der Überquerung von Straßen auf zwei Grünphasen warten zu müssen, wie es beispielsweise am Berliner Platz der Fall ist. Auch wollen wir an allen großen Gießener Kreuzungen Ampelschaltungen einrichten, an denen Fußgänger\*innen auch in einem Zug diagonal die Straße kreuzen können (Rundum Grün).
- Die grundlegende Verbesserung der Qualität, sich in Gießen als Fußgänger\*in im Freien zu bewegen. Neben verschiedenen Punkten der Stadtentwicklung bzw. -planung wie z. B. einer Einschränkung von Gehwegparken im gesamten Stadtgebiet ist für uns die flächendeckende Einrichtung von Sitz-/Ausruhegelegenheiten insb. innerhalb des Anlagenrings und entlang von „Flaniermeilen“ sehr wichtig.
- Die Schaffung neuer bzw. die Erweiterung bestehender Zonen in der Gießener Kernstadt, die alleine den Fußgänger\*innen vorbehalten sind. Insbesondere wollen wir dies im Bereich innerhalb des Anlagenrings verwirklichen, um die Innenstadt schrittweise autofrei zu gestalten. Autofrei bedeutet dabei konkret, dass nur noch Anwohner\*innen, der Lieferverkehr zu bestimmten Zeiten sowie mobilitätseingeschränkte Menschen mit dem PKW in diesen Bereichen fahren dürfen. Daneben wollen wir aber auch den jetzt schon vergleichsweise fußgänger\*innen-freundlichen Bereich innerhalb des Anlagenrings durch Schaffung von Flaniermeilen erweitern und attraktiver gestalten. Besonders dafür in Frage kommen z. B. die Wege vom Seltersweg in die untere Frankfurter Straße hinein oder die Verlängerung des Neuenwegs und der Neuen Bäume über den Berliner Platz bis zum Ludwigsplatz.
- Verbesserung der Beschilderung (Hinweistafeln mit Angabe von Wegezeiten) der Wege zu wichtigen Orten in Gießen, um diese einfach zu Fuß auch ohne genauere Ortskenntnis auf kurzem Weg zu finden. (Klinikum, Uni-Standorte, Rathaus, Behörden, Geschäfte, Freizeitangebote, ...)

### *Radverkehr*

Als (fast) klimaneutrales Verkehrsmittel gehört die massive Ausweitung des Fahrradfahrens zu den wichtigsten Ansätzen auf dem Weg zu klimaneutraler Mobilität. Für eine deutlich höhere Priorisierung des Fahrradverkehrs in Gießen gibt es viele gute Argumente, die von der aktuellen Politik zwar gerne benannt, aber nicht deutlich genug vertreten werden.

Das große Potential des Radverkehrs zur Verbesserung der Umwelt- und Klimasituation in Gießen wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass z. B. der Anteil des motorisierten Verkehrs an der Belastung mit Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) in Gießen bei 70% liegt.

Im Bericht „Klimaneutrales Gießen 2035“ wird eine Umschichtung von 50% des motorisierten Individualverkehrs der Gießener\*innen auf das Fahrrad bis 2035 als notwendig beschrieben, um das Ziel 2035 Null zu erreichen. Bezogen auf die Verkehrsmittelwahl (Wegeanteil) soll der Anteil des Radverkehrs von 2,9% auf 36,7% steigen, also mehr als verzwölffacht werden. Diese extreme Veränderung kann nur mit weitreichenden Anstrengungen von Politik und Stadtgesellschaft gelingen. Der Wechsel vom Auto zum Fahrrad wird somit zu einem der wegweisendsten Faktoren Richtung klimaneutraler Mobilität.

Verbesserungen - insb. der Sicherheit - für den Radverkehr wollen wir u. a. erreichen durch:

- Die Entwicklung eines dichten Netzes von Fahrradstraßen. Dieses soll nicht auf Nebenstraßen beschränkt bleiben, sondern auch auf den mehrspurigen Hauptverkehrsstraßen, baulich vom KFZ-Verkehr getrennt, ausgebaut werden. Bei der Planung besonders zu berücksichtigen sind die „Schulwegrouten“, um Kindern einen sicheren Schulweg zu ermöglichen und den „Eltern-Taxi“-Verkehr zu reduzieren. Als nächste Vorhaben sollten folgende zeitnah umgesetzt werden:
  - Auf dem Anlagenring pro Fahrtrichtung eine Fahrradstraße, mit von dort sternförmigen angelegten Verlängerungen zu den Stadträndern.
  - Die Fortführung der Fahrradachse in Verlängerung der Goethestraße über den Altenfeldsweg/Heegstrauchweg.
  - Dazu eine Fahrradstraßenverbindung entlang des Klingelbachwegs mit einem Durchstich zum Erdkauterweg mit der Fortführung über die Wilhelmstraße und Ohlebergsweg.
- Die Ausweisung der neu einzurichtenden und der bestehenden Fahrradstraßen mit dem Schild „Anlieger frei“ anstelle von Kfz-frei. Auch bedarf es weiterer baulicher bzw. rechtlicher Straßenplanungen, um den Kfz-Anteil möglichst niedrig zu halten.
- Den Ausbau von sicheren und komfortablen Fahrradabstellplätzen, auch in Wohngebieten mit hoher Wohndichte. Diese sollten je nach Standort überdacht, mit e-Ladestruktur für Pedelecs versehen und auch für Lastenräder geeignet sein.
- Einrichtung von Microdepots, um beispielsweise die Fahrradnutzung beim Einkaufen in verschiedenen Geschäften zu erleichtern. Bereits 2018 wurden täglich rund 12.000 Pakete im Gießener Stadtgebiet ausgeliefert (GCP, 2018 S.56). Microdepots können auch eine Antwort auf den zunehmenden Versandhandel sein. Hierbei werden Paketdepots in Immobilien oder Containern eingerichtet. Diese werden dann von Lastenrädern oder mit fußläufigen Transporthilfen genutzt, um Pakete auf den letzten km ans Ziel zu bringen.
- Den Ausbau bestehender Lasten-/Rad-Verleihsysteme:
  - Kooperationen mit den Hochschulen und Nextbike, orientiert an den Erfahrungen der TINK-Modellprojekte (Transportrad Initiative Nachhaltiger Kommunen) in Konstanz und Norderstedt erweitern.
  - Unterstützung des Allmende Lastenrad Projekts “das ALLrad” bei der Anschaffung und Wartung von Inklusions- und Lastenrädern. Unterstützung eines zivilgesellschaftlich organisierten, funktionalen und kostenlosen Angebots
- Beschleunigung von Planungen, um Fahrradschnellwege ins Umland auszubauen, insbesondere Richtung Wetzlar, Marburg, Friedberg und in die östliche Umgebung Giessens,

um das Pendeln per Rad zu vereinfachen. In kommunalen Unternehmen soll den Mitarbeitern die Möglichkeit gegeben werden, sich umzuziehen und zu duschen. Gerade die Hochschulen und großen Arbeitgeber sollten hier in den Fokus genommen werden.

- Beibehaltung der oberirdischen Querung der Bahntrasse an der Wilhelmstraße / Erdkauter Weg. Die geplante Ersetzung der vorhandenen oberirdischen Querung durch einen Tunnel mit jeweils einer langen Rampe in beide Richtungen, auf der die Fahrräder geschoben werden müssen, ist unsinnig, teuer und insbesondere für Frauen gefährlich. Während an der Ostanlage viel Geld für eine oberirdische Verkehrsführung ausgegeben wurde, soll an dieser wichtigen Tangente nun eine neue unterirdische Trasse geplant werden.
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Bewerbung des Radverkehrs, z. B. durch „Neubürger Radtouren“, die Neu-Gießener\*innen die besten Wege durch die Stadt zeigen, durch Testzeiträume von Lastenrädern und durch Angebote insbesondere im Schulumfeld.

Damit der Umbau zu einer fahrradfreundlichen Stadt tatsächlich gelingen kann, ist zudem eine ausreichende Ausstattung der zuständigen Behörden erforderlich. Hierbei fordern wir für die Stadt Gießen, sich an die Empfehlungen des „Nationalen Radverkehrsplan 2020“ zu halten, der vorschlägt, 18 bis 19 € pro Haushalt in Gießen jährlich einzusetzen. Diese zusätzlichen finanziellen Mittel sollen eine adäquate Personalausstattung für die Planung und Umsetzung von Vorhaben gewährleisten, aber auch für Öffentlichkeitsarbeit, Information und Beratungen zur Verfügung stehen.

### *ÖPNV (Busse und Bahnen)*

Auch der ÖPNV spielt für die Erreichung der Klimaziele eine große Rolle, gerade aufgrund der vielen Pendler\*innen, die teilweise aufgrund ihrer weiten Strecken nicht (immer) nach Gießen mit dem Rad pendeln können oder wollen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass auch die verschiedenen Angebote des ÖPNV (Busse und Bahnen) CO<sub>2</sub> emittieren, wenngleich die Bilanzen hier viel besser sind als beim motorisierten Individualverkehr (Auto) – deshalb sind auch dafür Kompensationsmaßnahmen unverzichtbar. Laut dem Bericht „Klimaneutrales Gießen 2035“ müsste sich in einem klimaneutralen Gießen der Anteil der mit dem ÖPNV zurückgelegten Strecken der Gießener\*innen auf 30,5% erhöhen; dies stellt mindestens eine Verdreifachung der Leistung von heute dar. Dabei sind die Prioritäten insbesondere auch auf den schienengebundenen ÖPNV zu lenken, welcher das Rückgrat des gesamten ÖPNV bildet. Gießen besitzt dabei mit seinem bestehenden Schienennetz, welches sternförmig zusammenläuft, eine gute Grundlage, und bietet viel Raum für Verbesserungen und lokale Erweiterungen (Regio-Tram-Konzept) dieses Netzes. Daneben sind aber auch der Stadtbus und der Überlandbus nicht zu vernachlässigen, auch wenn diese in ihrer Leistungsfähigkeit und Klimafreundlichkeit dem Schienenverkehr unterlegen sind. Der Busverkehr ist langfristig so zu gestalten, dass er überwiegend Zubringer für den schienengebundenen ÖPNV wird.

Verbesserungen für den ÖPNV wollen wir u. a. erreichen durch:

- Die Einrichtung weiterer Bahnhaltdepunkte im Stadtgebiet, wie an der Main-Weser-Bahn in Wieseck (Gießen Nord), an der Vogelsbergbahn und Lahn-Kinzig-Bahn im Bereich des Aulwegs und an der Vogelsbergbahn „Am alten Flughafen“ und in Rödgen. Dazu braucht es an verschiedenen Stellen einen Ausbau der Bahninfrastruktur auf zwei Gleise, sodass sich die Züge in einem dichteren Takt begegnen können.



- Die Einrichtung von Straßenbahnlinien als RegioTram, welche im innerstädtischen Bereich auf einem eigenen Schienennetz fährt und im Umland auf dem bestehenden. Dies würde ermöglichen, auch von weiter außerhalb direkt in die Innenstadt zu gelangen, ohne umständlich umzusteigen oder noch weite Fußwege zurücklegen zu müssen.
- Eine Verdichtung des Stadtbusverkehrs mit mehr und möglichst CO<sub>2</sub> neutralen Fahrzeugen, Linien und einem besseren Takt – als Übergangslösung bis zur möglichst zeitnahen Inbetriebnahme des Regio-Tram-Konzepts.
- Eine Umstellung der Finanzierung des ÖPNV. Hier wollen wir insbesondere zwei Ansätze verfolgen: Zunächst ein Gießener Bürger\*innen-Ticket in Anlehnung an das Prinzip von Schülerticket und Landesbediensteten-Ticket und perspektivisch den kostenlosen (vollständig steuerfinanzierten) ÖPNV. Auch wenn beim ersten Schritt die Einbindung in die Tarifsystematik des Rhein-Main-Verkehrsverbands (RMV) zu berücksichtigen ist, gibt es für die Stadt Gießen als Gesellschafterin des RMV ausreichend Spielräume. Die Prüfung der Machbarkeit einer Seilbahnstrecke z. B. vom Hauptbahnhof Richtung Süden verlaufend am Klinikum und dem Philosophikum vorbei.

Die Etablierung weiterer Bahnhaltepunkte, einer Regio-S-Bahn und einer RegioTram benötigen (leider) einigen zeitlichen Vorlauf – nicht zuletzt aufgrund des hohen planerischen Aufwands. Daher soll bzw. muss so schnell wie möglich damit begonnen werden auch handelt es sich hierbei um große infrastrukturelle Investitionen, die Gießen aus eigener Kasse nur schwerlich stemmen kann. Da es jedoch sehr hohe Fördermöglichkeiten von Bund und Land zu diesem Thema gibt, darf das nicht als Ausrede für Untätigkeit gelten.

#### *MIV Reduzierung (weniger Autoverkehr)*

Dadurch, dass Gießen über die höchste Studierendendichte Deutschlands verfügt, ist Gießen mittlerweile zwar die hessische Kommune mit einer der niedrigsten Autodichten (4,2 PKWs pro 10 Einw.). Dennoch bleibt neben dieser positiven Entwicklung die extreme Belastung mit Autoverkehr insbesondere durch Pendler\*innen sowie Kund\*innen des Gießener Handels bestehen.

Die Ziele, zu einem klima- und umweltfreundlichen Verkehrssektor zu gelangen, sind nicht bloß dadurch erreichbar, dass Alternativen zum MIV ausgebaut werden. Gleichzeitig braucht es eine Verringerung der bequemen Möglichkeiten, mit dem Auto immer und überall mobil zu sein.

Ansonsten besteht - wie von Verkehrswissenschaftler\*innen häufig beschrieben – die Gefahr, dass zwar auch mehr zu Fuß, per Rad und mit dem ÖPNV verkehrt wird, der Autoverkehr aber nicht äquivalent abnimmt. Im Ergebnis hieße das, dass es mehr und nicht weniger Verkehr gibt, wodurch das Ziel einer Emissionsreduzierung verfehlt würde.

Der Zielwert aus dem Bericht "Klimaneutrales Gießen 2035" sieht vor, dass „nur noch“ 18,7% aller Personen-Kilometer der Gießener\*innen mit dem Kfz zurückgelegt werden um die Klimaneutralität ab 2035 zu schaffen.

Die massive Verringerung des Kfz-Verkehrs wollen wir u. a. erreichen durch:

- Die kontinuierliche Reduzierung von Parkflächen für den PKW-Verkehr. Bis zum Ende der nächsten fünf Jahre soll mindestens ein Wegfall von insgesamt 5.000 PKW-Stellplätzen am Straßenrand erreicht sein. Weiterhin sollen keinen neuen Parkmöglichkeiten u. a. durch Parkhäuser geschaffen werden. Die freiwerdenden Flächen möchten wir entsiegeln und

begrünen (Kampagnenidee: „5.000 neue Bäume für Gießen“), mit Fahrradstellplätzen versehen, oder in anderer Weise für eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität, wie z. B. in der Plockstraße, nutzen.

- Den Ausbau einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung im gesamten Gießener Stadtgebiet, sowohl am verbleibenden Straßenrand als auch z. B. auf Uni-/THM-Gelände.
- Den starken Ausbau von Carsharing und Mitfahr-Angeboten, die u. a. vom Umweltbundesamt als besonders hilfreich zum „Einüben autoarmen/-losen Mobilitätsverhaltens“ empfohlen werden. In anderen Städten wie z. B. Marburg, Kassel oder Karlsruhe ist die Carsharing-Nutzung um ein Vielfaches höher als in Gießen. In diesem Bereich folgt die Nachfrage in der Regel dem Angebot, so dass ein Ausbau des Angebots zu einer steigenden Nachfrage führt. Durch eine Umstellung des stadteigenen Fuhrparks (abgesehen natürlich von Sonderfahrzeugen) auf (E-)Carsharing kann das Angebot sehr effizient gesteigert werden, da eine Basis Nachfrage bereits garantiert ist und dennoch genügend Potential für eine Nachfragesteigerung verbleibt. Dazu sollten zeitnah Gespräche mit dem seit vielen Jahren in Gießen aktiven Carsharing-Dienstleister einfach-mobil/scouter (aus Marburg) geführt werden, um eine mögliche Kooperation zu besprechen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass vor allen Dingen Gebrauchtfahrzeuge, sowie E-Fahrzeuge zum Einsatz kommen. Dies bietet Menschen, die noch auf einen PKW angewiesen sind, die Möglichkeit, die E-Mobilität in ihrer Lebenssituation zu testen.
- Die umfassende Einrichtung von Tempo 30 Bereichen, überall wo es gesetzlich möglich (ggf. Nutzung von Pilotgenehmigungen/Experimentierklauseln) und insbesondere dort wo es aufgrund des Lärmschutzes (vgl. Lärmaktionsplan Hessen, 3. Runde, S.92 ff.) oder der Verkehrssicherheit notwendig ist.
- Das Aufstellen von Mitfahrbänken auch an den Stadträndern und den Ortsteilen von Gießen, um die Mobilität derer zu erhöhen, die kein Auto besitzen bzw. bewusst darauf verzichten und die Auslastung der oft nur einfach besetzten Kfz zu erhöhen.
- Verzicht auf den vierspurigen Ausbau der Konrad-Adenauer-Brücke und aller weiteren, den PKW-Verkehr fördernden baulichen und planerischen Maßnahmen.

Dem Ausbau von Infrastruktur für E- oder H<sub>2</sub>-Fahrzeuge (für ÖPNV-Zwecke und Lieferverkehr sinnvoll/notwendig) möchten wir uns insbes. für eine Übergangszeit („Brückentechnologie“) nicht verschließen, jedoch muss an erster Stelle die Reduzierung/ Minimierung des Autoverkehrs stehen. Auch Autos mit „innovativen“ Antriebstechniken verbrauchen viele Ressourcen und Energie in der Herstellung, benötigen Platz und verursachen Feinstaub durch Reifenabrieb, Bremsanlagen, etc.

### *Sonstiges*

- Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, Informations-/Beratungs-Kampagnen zur Förderung klimafreundlichen Mobilitätsverhaltens
- (Finanzielle) Unterstützung von klimafreundlichen Verkehrsinitiativen und -gruppen (z. B. bei Veranstaltungen)
- Einrichtung einer ausreichend dimensionierten und alle Kommunikationskanäle nutzenden Mobilitätszentrale (täglich geöffnet bzw. erreichbar) für alle CO<sub>2</sub>-freien/-armen Verkehrsarten (incl. Carsharing und ÖPNV) – mit der Option auf mehrere „Außenstellen“ in den Gießener Stadtteilen
- Kontinuierliche und kostenlose Beratung und Information zu nachhaltigem Verkehrsverhalten in stadtteilbezogenen Servicestellen

- Individuelle Umstellung auf klimafreundliches Verkehrsverhalten als Angebot der Volkshochschule
- Kontinuierliche Beratungsangebote für Schulen (Lehrende und Schüler\*innen)
- Neupflanzung von mind. 5.000 Bäumen im bewohnten Stadtgebiet innerhalb der nächsten 5 Jahre als erste Kompensationsmaßnahme für restliche „Verbrenner“
- Nutzung aller Fördermöglichkeiten zu nachhaltigen/klimafreundlichen/CO2-freien Mobilitätsformen (z.B. im Rahmen der Programme AGN-Nahmobilität des Landes Hessen und ähnlicher von Bund und EU) – die Stadt lässt seit Jahren Fördermöglichkeiten ungenutzt, weil sie entweder die verbleibenden (geringen) Eigenmittel nicht einsetzen möchte oder weil sie die personellen Ressourcen nicht hat, um sich um die Akquirierung der Fördermittel zu kümmern.
- Schadstoff-Messstationen mit Display (mobil) - aufgestellt an stark befahrenen Straßen, um die Autofahrer zu sensibilisieren. Ggf. gleichzeitige Bewerbung von Mobilitätsalternativen wie z. B. Hinweis auf Mitfahr-Plattformen.

### ... und wie wir ihn gehen wollen

Um den Verkehrs-/Mobilitätssektor in Gießen in Richtung Klimaneutralität bei gleichzeitiger Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit wollen wir mit den vielen Initiativen und Gruppen zusammenwirken, die sich mit der Verbesserung der Verkehrssituation in Gießen befassen und dafür aktiv eintreten.

Es gibt bereits viele gute Ansätze zu einer Mobilität, die den von uns angestrebten Prinzipien entspricht. Überwiegend sind diese Bemühungen und Konzepte aus der Bevölkerung von Gießen und Umgebung heraus in Eigeninitiative entwickelt und über verschiedene Formate auf die politische Tagesordnung gebracht worden.

Wir möchten die hier schon bestehenden Vorschläge aufgreifen und auf direktem Weg ins Stadtparlament tragen. Den eigenständigen Initiativen und Verbänden, die schon viele Ideen entwickeln und vorantreiben danken wir; es braucht sie auf jeden Fall weiterhin, wenn die klimagerechte Mobilitätswende in Gießen gelingen soll. Insbesondere stellen wir uns hinter die Bürger\*innenanträge zu Fahrradstraßen auf dem Innenstadtring und zur Straßenbahn in Form einer RegioTram, die essentielle Bausteine für eine Verkehrswende sind.

Daneben braucht es die Zusammenarbeit mit den großen verkehrserzeugenden Einrichtungen, wie den Hochschulen, dem RP, dem Klinikum und dem städtischen Gewerbe, etc. mit denen konkrete Maßnahmen zur Reduzierung des MIV und zur Vermeidung von Verkehrsaufwand erarbeitet werden müssen. Hierbei gilt es auch, die städtischen Einrichtungen erreichbar zu halten; u. a. indem konkurrenzfähige Ersatzangebote zum Autoverkehr geschaffen und gefördert werden.